

Autoindustrie

# Wer löffelt

# die Suppe aus?

**Textile Dienste**

Sauber bleiben

**Ratgeber**

Lernen mit neuen Medien

# Recht informativ

metall-Titel 10/2005: Weg vom Öl

► Auch wenn Ihr Beitrag zum Automobil der Zukunft recht informativ verschiedene Aspekte der Kraftstoffersparnis aufzeigt, wird trotzdem der falsche Eindruck genährt, dass die Kraftfahrzeugindustrie aus bloßem Gewinninteresse und mangelnder Innovationsfreude schwere, leistungsstarke Kraftfahrzeuge baut und dem Kunden sparsame Antriebskonzepte vorenthält. Dabei ist es der Kunde selbst, der die Kaufentscheidung trifft, und aktuelle Sicherheitstechnik, üppige Fahrleistungen und umfangreiches Zubehör zu einem günstigen Preis einfordert. Das 800 Kilogramm schwere Drei-Liter-Auto gibt es zu diesen Konditionen nicht.

**Björn Ewerings, Witten**

**Lothar Todorov, Köln**

**Energiesparender Fahrstil sollte angesichts der Fahrschulpreise nicht erst Thema zusätzlicher Schulungen sein.**

► Nach Berichten deutscher Nachrichtenblätter führen China und Japan ein Limit für den Spritverbrauch bei Neufahrzeugen ein. Hochpreisige Neufahrzeuge deutscher Hersteller können in China wegen des hohen Spritverbrauchs bereits heute nicht mehr verkauft werden.

**Olaf Lucke, Karben**

## Daten verschlüsseln

metall 10/2005: Illegale Datenschnüffelei

► Hätte die Staatsanwaltschaft sich die Daten selber geholt, ändert es doch nichts daran, dass

die Daten niemanden etwas angehen – außer den Personen, die sie etwas angehen. Immer öfter werden die einfach zu kopierenden und effizient zu analysierenden Daten von Arbeitgebern, mobbenden Kollegen, Strafverfolgungsbehörden, Staatsschützern und anderen Schnüfflern herangezogen. Nach dem Gesetz legal, oder auch oft, vielleicht auch im Fall Siemens München, illegal. Manchmal wird Datenverkehr abgehört, manchmal eine Festplatte kopiert oder beschlagnahmt. Nicht nur, aber besonders Betriebsräte sollten ihre Daten und ihren Datenverkehr immer verschlüsseln. Verschlüsselung schafft Sicherheit plus Integrität und dadurch Vertrauen.

**Carsten Stengel, Berlin**

## Voll getroffen

metall 10/2005: Proteste gegen Lidl

► Ihren Beitrag über die Firma Lidl kann ich voll und ganz bestätigen. Als ehemaliger Mitarbeiter dieser Firma habe ich diese ganze Schmach auch mitmachen müssen. Da ich einen Monat nach Berufsstart die mit Nachdruck geforderten 40 Artikel nicht beim Kassieren erbrachte, wurde mir vom Regionalleiter nahegelegt, doch zu kündigen. Die von Ihnen erwähnten Taschenkontrollen wurden in der Filiale, in der ich war, jeden Tag durchgeführt. Auch wurde der Kofferraum des Fahrzeugs, mit dem die Mitarbeiter kamen, manchmal ohne Ankündigung kontrolliert. Nach zwei Monaten habe ich dann doch einem Aufhebungsvertrag zugestimmt, um weiteren indirekten Mobbing-Aktionen aus dem Weg zu gehen. Für Ihren Artikel bin ich sehr dankbar. Ich



Foto: bildfotografie / Schmidt

## Prototyp eines Ein-Liter-Autos: Kunde trifft die Kaufentscheidung

habe schon lange nach einem Portal gesucht, um meine Erfahrungen publik zu machen.

**Christian Taubenheim, Detmold**

## Soziales Element

metall 10/2005: Die Wähler haben souverän entschieden

► Zur abgelaufenen Bundestagswahl hoffe ich, dass das soziale Element bei den Zusammengehörigen Verhandlungen nicht verloren geht. Wir Arbeitnehmer benötigen keine Lobby für den Unternehmer, denn dieser verdient die Millionen, sobald er morgens aufsteht.

**Reginald Vorberg, Duisburg**

## Neuer Rekord

metall-Rätsel: 1 bis 10/2005

► 780 205 Briefmarken und 1416 Telefonkarten aller Art waren das Gesamtergebnis unserer Übergabe mit der Kolpingfamilie im Oktober an die »von Bodelschwingschen Anstalten« in Bielefeld-Bethel, die unter anderem mit dazu beitragen, die Arbeitsplätze von bis zu 130 Behinderten zu sichern. Diese Stückzahl bedeutet gleichzeitig einen neuen Rekord seit Gründung der Sammlung. Die mit den »Käferfreunden Oelde« 1991 gegründete Aktion führe ich inzwischen mit meiner Frau, ebenfalls Metallerin, als »Briefmarkenspendenaktion« erfolgreich fort. Allein von unseren Metall-Kollegen und

-Kolleginnen kamen von dieser überragenden Menge 110 341 Briefmarken und 351 Telefonkarten. Die metall-Redaktion steuerte 8550 Briefmarken dazu bei. Dafür möchten wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen auf diesem Weg bedanken und würden uns über die weitere Unterstützung für den guten Zweck freuen, denn die Aktion läuft weiter.

**Antonius Eikenkötter, Warendorf**

## Impressum

**metall** Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79  
60329 Frankfurt am Main  
Telefon 069-6693-2445, Fax 069-6693-2000  
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann  
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)  
Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund  
Redaktion: Fritz Arndt, Sylvia Koppeltberg,  
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan,  
Gabriele Prein

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus  
Bildredaktion: Michael Schinke  
Sekretariat: Birgit Büchner

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Petra Wedel  
Telefon 061 51-81 27-0, Fax 061 51-89 30 98  
E-Mail: wedel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann  
Telefon 069-6693-22 24, Fax 069-6693-25 38  
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

**metall** erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr).

Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.  
Druck: APM AG, Kleyerstraße 3,  
64259 Darmstadt.



## Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei.  
Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

### E-Mail:

**metall-leserpost@igmetall.de**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.  
Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden.  
Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.

## Editorial

# Über das Sparen

► Die **metall**-Titelgeschichte in dieser Ausgabe beschäftigt sich wieder mit der Autoindustrie. Diesmal geht es nicht um die Zukunft des Autos, sondern um den »Sparkurs« bei den großen Autofirmen: Daimler-Chrysler, Volkswagen, Opel. Doch was wird gespart? An wem wird gespart? Ist Sparen in? Jedenfalls jagt in der Automobilbranche eine »Sparrunde« die Nächste. Zunächst geht das Sparen auf Kosten der Belegschaften. Wird für sie das Geld in einen großen Sparstrumpf zurückgelegt, damit sie in der Not was übrig haben? Doch es ist nicht das klassische Sparen. Das Geld, dass den Arbeitnehmern für Investitionen und Arbeitsplätze aus der Tasche gezogen wird, wandert nicht etwa auf die hohe Kante, sondern fließt gleich weiter in andere Taschen: die der Aktionäre. »Rendite« heißt das Zauberwort, dem alle langfristigen und nachhaltigen Planungen untergeordnet werden. Die Sparwut der Auto-Manager ist nichts anderes als eine gigantische Umverteilung zugunsten des »Shareholder Value«, wie es im neoliberalen Neudeutsch heißt. Außerdem wollen sie sich das Geld von den Beschäftigten wieder holen, dass sie für ihre Großprojekte verballert haben. Aber wie bei allen von Menschen losgetretenen Lawinen gibt es Alternativen.

► Die IG Metall stellte Ende Oktober in Mannheim die Weichen für die künftige Tarifpolitik. Auf einem tarifpolitischen Kongress unter dem Motto »Stark in der Fläche – aktiv im Betrieb« diskutierten über 600 Teilnehmer die anstehende Tarifrunde in der Metallindustrie oder die Erfahrungen mit dem Tarifabschluss von Pforzheim. Auch international wurden in Rom Vereinbarungen über die Tarifpolitik in Europa getroffen. Die Gewerkschaften rücken angesichts der gegenwärtigen Lage näher zusammen.

Die Redaktion

## Große Koalition

Aller Voraussicht nach wird die Bundesrepublik die nächsten vier Jahre von einer Großen Koalition regiert. **metall** fragte Bundestagsabgeordnete, die Mitglied der IG Metall sind, nach ihren Erwartungen.

Seite 8



Foto: picture-alliance / dpa / Grimm / Setnik



Foto: Frank Boker

## Chancengleichheit

Damit Familie und Beruf nicht zum Spagat werden, müssen Betriebsräte und Unternehmer nach Lösungen suchen. Betriebskindergärten oder familienfreundliche Arbeitszeiten sind solche Angebote.

Seite 16



Foto: Werner Bachmeier

## Textile Dienste

In den Wäschereien wird für saubere Arbeitsbedingungen gekämpft. Die IG Metall-Kampagne »Saubere bleiben mit Tarif« zeigt Wirkung. Auch mit einer Liste schwarzer Schafe wird Druck gemacht.

Seite 19

## Magazin

Tarifpolitische Konferenz . . . . . 4  
Buderus Lollar: Jobs gesichert . . . . . 5  
Daimler-Chrysler: Auszubildende gegen Schmalspurausbildung . . . . . 6

## Titel

Autoindustrie:  
Beschäftigte zahlen die Zeche . . . . . 8

## Zur Sache

Jürgen Peters:  
Den Wählerwillen respektieren . . . . . 12

## Große Koalition

Stimmen der Abgeordneten . . . . . 13

## Chancengleichheit

Die kleinen Stolche von BMW . . . . . 16

## Textile Dienste

Sauber bleiben . . . . . 19

## Report

XXXLutz Möbel GmbH:  
Betriebsräte brauchen wir nicht. . . . . 20  
AEG Nürnberg:  
Aus Erfahrung Gegenwehr . . . . . 21

## Branchenreport

Aluminiumindustrie . . . . . 22

## Ratgeber

Lernen mit neuen Medien . . . . . 24  
Kindergeld:  
Widerspruch einlegen . . . . . 26

## Monatsökonom

Finanzinvestoren . . . . . 28

## Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel . . . 30

## Porträt

Zu Besuch bei  
Ngadinah Mawardi . . . . . 31

## Regionales

Aus den Bezirken . . . . . 32  
Lokales/Karikatur . . . . . 35

Impressum . . . . . 2

Titelbild: laif / Herza.



Foto: picture-alliance / dpa / Witzek

## Tarifpolitik

# Kein Aufweichen der Tarifverträge

**Zum Auftakt der tarifpolitischen Konferenz der IG Metall Ende Oktober in Mannheim warnte der Erste Vorsitzende der IG Metall Jürgen Peters eindringlich vor einem Aufweichen der Flächentarifverträge.**

Es gebe gute Chancen und noch bessere Gründe, ihn auch in Zukunft mit Leben zu füllen. Peters verwies darauf, dass Tarifverträge nicht nur die sozialen Standards der Beschäftigten absichern, sondern die Unterneh-

### Tarifpolitische Konferenz in Mannheim: Gesamtmetall blockiert

men zu einem Wettbewerb um die bessere Innovation zwingen und nicht um die niedrigsten Arbeitskosten. In Richtung der Arbeitgeber sagte Peters: »Wer den Flächentarifvertrag schädigt, sägt am Erfolgsrezept der deutschen Wirtschaft.«

Für die zunehmende Tendenz zum Aufweichen der Flächentarifverträge machte er den Arbeitgeberverband Gesamtmetall verantwortlich, der immer mehr als Dienstleister und Unterneh-

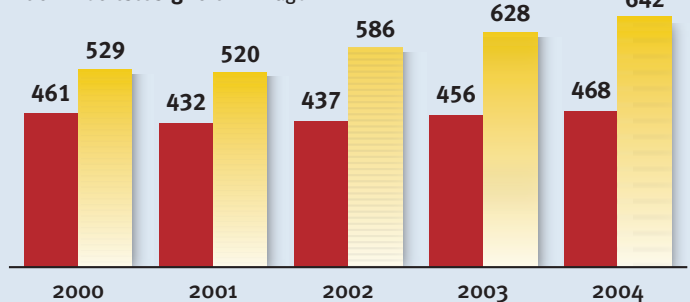
mensberater agiere und die Einwirkungspflicht auf die Unternehmen vernachlässige. »Löhne und Arbeitsbedingungen sind kein Spielball für Manager, die ihren Job nicht machen.«

Für die kommende Tarifbewegung in der Metall- und Elektroindustrie kündigte Peters an, dass die IG Metall deutlich mehr Geld fordern werde. Darüber hinaus wolle die IG Metall vorschlagen, den Tarifvertrag für vermögenswirksame Leistungen den neuen demografischen Erfordernissen anzupassen und für die betriebliche Altersvorsorge einzusetzen. Dies hätte Gesamtmetall bislang blockiert. Die IG Metall überlege auch, Tarifverträge zu den Themen Innovation und Qualifizierung in Angriff zu nehmen. »Die Zeit dafür ist reif«, erklärte er.

Tarifpolitik müsse heute »europäisch« gesehen werden. Deshalb haben die Gewerkschaften des Europäischen Metallgewerkschaftsbunds (EMB) Anfang Oktober in Rom etwa Regelungen zur Qualifizierung beschlossen. »Diese Vereinbarungen müssen wir jetzt auf nationaler Ebene umsetzen« sagte Peters. ◀

## Mehr arbeitslose Schwerbehinderte

Anteil schwerbehinderter Erwerbsloser an der Arbeitslosigkeit – in Tagen –



Quelle: Deutsche Bundesagentur für Arbeit, © metall-grafik

Der Anteil Behinderter an allen Arbeitslosen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Karl Hermann Haack, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, macht dafür die Bundesagentur für Arbeit (BA)

mitverantwortlich. Mit ihrem Umbau zu einem Dienstleistungszentrum, so Haack, habe sie sich von ihrer Mitverantwortung bei der beruflichen Rehabilitation »zurückgezogen«. Schwerbehinderte sind im Schnitt 174 Tage länger arbeitslos als Nichtbehinderte. ◀



## PFLAUME DES MONATS

### Wolfgang Clement

In diesem Monat geht die Pflaume an Wolfgang Clement, abgewählter Wirtschaftsminister, Rechthaber und Medien-Freund, für seinen Vorschlag, Arbeitslosengeld-II-Bezieher mit Hausbesuchen zu überraschen. Clements große Arbeitsmarktreform will sich partout nicht zu einer Erfolgsstory wandeln. Doch nicht die Reform ist schlecht. Nein. Die Arbeitslosen sind es. Rund zehn Prozent erschlichen sich zu Unrecht staatliche Leistungen, klagte Clement. Von »Abzocke im Sozialstaat« spricht ein von Clement abge-

segneter Report. Dazu benutze der Arbeitslose ganz fürchterliche Waffen, fand der ehemalige Journalist Clement heraus. Mit »Tarnkappen-Einkommen« und »Phantom-Wohnungen« greife der Arbeitslose die Sozialkassen an. **Doch nicht mit Super-Clement.** Mutig stellte er sich dem Angriff in den Weg und drohte den feindlichen Rebellen mit seiner schärfsten Waffe: Hausbesuche. Gut, dass der Ex-Minister dafür nun auch Zeit hat. Möge der Phantom-Schmerz seines amputierten Amtes mit ihm sein. ◀

BBT, Lollar

## 30-Stunden-Woche sichert 200 Arbeitsplätze

Bei der Buderus-Bosch-Thermotechnik (BBT) im mittelhessischen Lollar arbeiten die rund 950 Arbeiter seit 1. Oktober nur noch 30, die Angestellten 34 Stunden pro Woche. Ohne Lohnausgleich.

Das heißt: Die Monatsverdienste fallen geringer aus – bei Arbeitern um bis zu 14 Prozent. Dadurch können rund 200 Beschäftigte, die ansonsten wegen gesunkener Umsätze ihre Jobs verloren hätten, gehalten werden.

Grundlage hierfür ist der Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung. Er ermöglicht Betriebsvereinbarungen, die als Gegenleistung für Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich zum Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen verpflichten. Die BBT-Betriebsvereinbarung »Bündnis zur Beschäftigungssicherung« ist



Buderus-Angestellte in Lollar: »Bündnis zur Beschäftigungssicherung«

zunächst für zwei Jahre abgeschlossen. Bei Bedarf kann sie um zwei weitere Jahre verlängert werden.

»Wir wollten eine solidarische Lösung, die von allen getragen wird«, sagt Betriebsrat Werner Bastian. Die Belegschaft hat in einer Betriebsversammlung

zugestimmt. »Besser als entlassen«, war der Grundtenor in den Diskussionen. Das Unternehmen betont den Vorteil, die Produktion bei besserer Auftragslage sofort mit einer motivierten, qualifizierten und gut eingespielten Belegschaft wieder hochfahren zu können. ◀

Standortgarantien verhandeln«, ärgert sich Betriebsratsvorsitzende Bärbel Schelle, »ohne uns.«

Als Antwort versucht die Geschäftsleitung jetzt, die betriebliche Mitbestimmung zu unterlaufen. Leiharbeiter werden ohne Zustimmung des Betriebsrats eingestellt, Zugriffe auf betriebliche Daten wie Arbeitszeiten untersagt. Schelle: »Das also ist die neue Porsche-Kultur.« ◀

ausstehende Löhne«, klagt die Kampagne für saubere Kleidung (CCC), in der auch IG Metall und Verdi mitarbeiten. Immerhin haben die verantwortlichen Unternehmen, darunter auch Karstadt/Quelle, Steilmann und Kirsten Mode, eine weitere Erkundungsreise nach Bangladesch gestartet. CCC hat alle Firmen aufgefordert, einen Treuhänderfonds einzurichten und Betroffene zu entschädigen. ◀

CTS, Hamburg

## Erst feuern, dann verhandeln

Weil sich IG Metall und Betriebsrat der Porsche-Tochter CTS (Hamburg, 220 Beschäftigte) bei Verhandlungen über eine Standortsicherung nicht veräppeln lassen, will die Geschäftsleitung den Standort ausbluten. Dabei waren alle Beschäftigten zu finanziellen Einbußen bereit. Der Betriebsrat setzte ebenfalls

ein Zeichen und zog seine Klagen wegen überlanger Arbeitszeiten zurück. Manche Kollegen hatten 15 Stunden täglich gearbeitet, über zehn waren die Regel. Oft wurden die gesetzlichen Ruhezeiten nicht eingehalten.

Zum Dank legte CTS noch nach. »Die wollen erst 50 Kollegen entlassen und dann über

## Außenansicht

### Medienkampagne

### Hurra Deutschland

»Mehr Eigenverantwortung«, lautet der Slogan, mit dem Arbeitern, Arbeitslosen und Rentnern eingepaukt wird, dass sie ihre Ansprüche auf Lohn, Arbeitslosengeld und Rente lieber zugunsten der Unternehmensgewinne zurückstellen sollten – Lohnkürzung? Hurra! Ähnliches bezweckt die bislang größte nichtkommerzielle Werbekampagne »Du bist Deutschland« – nicht nur Propaganda für Hartz IV, sondern schon Einstimmung auf Merkel. Jeder, wird dort suggeriert, könne alles, wenn er bloß wolle – nur möge er bitte weder dem Staat noch dem Konzern zur Last fallen. Der Kassierin wird zugerufen: »Du bist der Laden.« Dem Arbeitslosen und der Renterin wird empfohlen, »das Land« doch »einfach wie einen guten Freund zu behandeln«:



Stefan Frank, Redakteur beim Politmapazin »konkret« in Hamburg

»Meckere nicht über ihn, sondern biete ihm deine Hilfe an.« Wer würde von einem Freund Arbeitslosenhilfe, Rente oder Kindergeld erwarten? Und natürlich arbeitet man für ihn auch schon mal umsonst. »Schumi«, erfährt man (in der Anzeige »Du bist Schumi«), »hätte es auch in jedem anderen Job bis aufs Siebertreppchen geschafft«. Jetzt, da er es in seinem Job ganz deutlich nicht aufs Siebertreppchen geschafft hat, kann er also immer noch Klaviervirtuose oder Herzchirurg werden. Und die vielen arbeitslosen Gabelstaplerfahrer können dafür in die Formel 1 wechseln, denn Rennfahrer werden ja immer gebraucht. ◀

Spektrum Sweater, Bangladesch

## Gewissenlose Profiteure

Nach dem Einsturz der Textilfabrik Spektrum Sweater (metall berichtete) sind bisher 35 000 Euro Entschädigungen der Firma Inditex eingegangen. Bei dem Unglück wurden 64 Arbeiterinnen getötet, 79 verletzt.

Die Internationale Textil-, Lederarbeiter- und Bekleidungsvereinigung hatte europäische

Firmen kritisiert, weil sie »gewissenlos Extrapofite« aus den unzumutbaren Arbeitsbedingungen bei Spektrum zogen. Als Abnehmer der Textilprodukte seien sie mitverantwortlich für Niedrigstlöhne und Arbeitszeiten von 100 Wochenstunden.

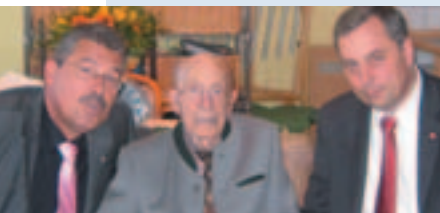
»Noch immer warten viele Spektrum-Arbeiterinnen auf

## Köpfe

**Willi Sturm**, von 1984 bis 1991 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, starb am 19. Oktober im Alter von 76 Jahren. Sturm war seit 1946 Mitglied der CDU und seit 1966 Mitglied der IG Metall. Im Vorstand verantwortete er die Bereiche Handwerk und ausländische Arbeitnehmer. Er war ein Mann der ersten Stunde und lebte bewusst für die christlich-soziale Sache. Die IG Metall dankt ihm für sein Engagement und seine Leistungen, die er für die Menschen und seine Organisation erbracht hat. ◀

**Reiner Dworschak (51)**, Güteprüfer bei Mannstaedt in Troisdorf, hat vor dem Siegburger Arbeitsgericht eine satte Lohnnachzahlung erkämpft. Die Geschäftsleitung hatte den Metaller unerlaubt nach Hause geschickt und die Lohnzahlungen eingestellt. Trotz eines bestehenden Arbeitsverhältnisses musste der Metaller zum Arbeitsamt. Der Güteprüfer will mit Hilfe der IG Metall seine Weiterbeschäftigung durchsetzen. ◀

**Friedrich Otto**, gelernter Drechsler und Zimmermann und seit 1946 IG Metall-Mitglied, hat im September seinen 100. Geburtstag gefeiert. Otto – im Bild zusammen mit seinem Enkel Rainer Otto (links), beim IG Metall-Vorstand Gewerkschaftssekretär, und Ulrich Marschner, Erster



Bevollmächtigter in Dinslaken – war bis zur Rente bei Krupp in Rheinhausen beschäftigt und an vielen Arbeitskämpfen wie dem Streik um die Lohnfortzahlung dabei. Die **metall**-Redaktion gratuliert ganz herzlich. ◀

## Daimler-Chrysler

# Die Ausbildung muss bleiben

**Die geplante Schmalspurausbildung bei Daimler-Chrysler (DC, siehe metall 9/2005) wird von Betriebsrat und Gesamtjugendvertretung abgelehnt. Auf einer Betriebsrätekonferenz Ende Oktober forderte Gesamtbetriebsratsvorsitzender Erich Klemm DC-Chef Dieter Zetsche auf, die angekündigten Pläne zurückzunehmen.**

Als Roman Geßner, Vorsitzender der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV), ans Rednerpult ging, zogen sich alle Kolleginnen und Kollegen demonstrativ die hellblauen T-Shirts über, die vorher Jugendliche an die Teilnehmer verteilt hatten. Auf ihnen standen die Forderung der Azubis nach Erhalt der Ausbildungsplätze und der Qualität der Ausbildung.



**GJAV-Vorsitzender Roman Geßner: »Falsche und rückwärtsgewandte Weichenstellung«**

Geßner (25) kritisierte das Ausbildungskonzept der Personalleitung als »falsche und rückwärtsgewandte Weichenstellung«. Daimler-Chrysler stelle

mit einer schlecht ausgebildeten Belegschaft seinen Ruf als »Premium-Hersteller« aufs Spiel: »Qualität hat auch etwas mit Qualifikation zu tun.« Gerade im dritten und vierten Lehrjahr erzielten die Azubis die größten Lerneffekte für ihre spätere Arbeit – und den erwirtschafteten

Gewinn für das Unternehmen. Die Ausbildungszeit zu verkürzen, verzögere nur den »Return of Invest«.

Geßner appellierte auch an die gesellschaftliche Verantwortung des Konzerns: Jugendliche mit einer zweijährigen Ausbildung hätten kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Und mit dem angekündigten Ausbildungsplatzabbau verschärfe Daimler-Chrysler die Ausbildungsmisere.

Erich Klemm sieht das genauso: »Wir können uns bei der Berufsausbildung keine Experimente erlauben. Wir werden nicht ruhen, bis das geklärt ist.«

Vorstandsvorsitzender Zetsche bekräftigte hingegen die Absicht des Konzerns, die Ausbildungszahlen zu senken. Ob das 20 Prozent sind, sei aber »noch nicht

endgültig«. Klemm erinnerte den Konzernchef an die Vereinbarung zur Zukunftssicherung aus dem vergangenen Jahr. In der wurde auch die Übernahme der Auszubildenden geregelt. Der Vorstand dürfe nun nicht versuchen, »Nachbesserungen« durchsetzen zu wollen. ◀

## Alstom Power, Mannheim

# »Mit aller Kraft wehren«

Die Geschäftsleitung von Alstom hat ihren gerichtlichen Antrag auf Feststellung einer rechtswidrigen Betriebsversammlung zurückgenommen.

Grund für den Antrag beim Arbeitsgericht Mannheim: Eine fünftägige Betriebsversammlung im April (**metall** berichtete), auf der die Belegschaft Details über den geplanten Abbau von 900 Stellen erfahren sollte.

Betriebsratsvorsitzender Udo Belz wertet den Rückzug der Firmenleitung als einen kleinen Teilerfolg im Kampf gegen die Pläne des französischen Technologiekonzerns.

Nach wie vor plane die Konzernleitung, Stellen abzubauen und Produktionen im Kraftwerksbau an die Alstom-Standorte im Ausland zu verlagern. Dagegen protestiert die Belegschaft seit Monaten. »Wir müssen durchhalten und uns weiterhin mit aller Kraft gegen die Kahlschlagpläne wehren«, sagt Belz.

Eine Arbeitsgruppe des Aufsichtsrats sucht nach wie vor nach Lösungen. Erste Vorschläge sollen in der kommenden Sitzung beraten werden. Ein Ergebnis war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. ◀

## Berufsunfähigkeit

# Vorsorge für den Ernstfall

Das Versorgungswerk Metall-Rente bietet ein neues Produkt: eine Berufsunfähigkeitsvorsorge. Der Grund: Mit der Rentenreform von 2001 wurden auch im Bereich von Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrisiken Einschnitte beschlossen. Der finanzielle Ruin bei Berufsunfähigkeit ist heute eine reale Gefahr. Die Berufsunfähigkeitsvorsorge der Metall-Rente bietet für Beschäftigte der Elektro- und Metallindustrie stabile Tarifbeiträge über die gesamte Laufzeit, keine Beitragserhöhung bei Berufswechsel sowie voller BU-Schutz bereits für Auszubildende. ◀

## Nachgefragt ...

## Ausbildung

Bis zum Ende des Ausbildungsjahrs 2005 hat sich die Lage bei den Ausbildungsplätzen nicht verbessert. Der Ausbildungspakt hat damit auch im zweiten Jahr nicht den versprochenen Erfolg gebracht. Statt Erfolge zu bringen wurden Statistiken geschönt. **metall:** Regierung und Wirtschaft feiern gleichlaufend den Ausbildungspakt als Erfolg. Siehst Du das auch so?

**Görner:** Nein. Bei den Arbeitsagenturen sind in diesem Jahr knapp zehn Prozent weniger Lehrstellen als 2004 gemeldet. 100 000 junge Leute sind nicht mit Ausbildungsplätzen versorgt und die Zahl der Ausbildungsbetriebe ist weiter zurückgegangen. Auch der fest im Pakt vereinbarte »Rückbau« der sogenannten Alt-Nachfrager wurde nicht erreicht.

**metall:** Warum dann trotzdem der überschwängliche Jubel auf Arbeitgeberseite?

## »Die Regierung kuschelt vor den Arbeitgebern«

**Görner:** Damit sie nicht zugeben müssen, dass ihre Rezepte gescheitert sind. Also werden Statistiken geschönt und Probleme verkleistert. Wirksame Reformprojekte, wie die Einführung der Umlagefinanzierung, sind nicht gewollt.

**metall:** Warum nicht?

**Görner:** Weil die Bundesregierung vor der ideologischen Position der Arbeitgeberverbände kuschelt. Das was in den Betrieben durchaus populär ist, nämlich die Kosten für die Ausbildung auf alle zu verteilen, steht bei den Verbänden im Tabukatalog.

**metall:** Was erwartest Du in dieser Frage von der Großen Koalition?

**Görner:** Die Misere bei der Ausbildung muss schonungslos

offengelegt werden. Der Rückzug der Betriebe aus der Ausbildung muss aufhören, denn Ausbildung ist unternehmerische Pflicht. Alle staatlichen Investitionen – immerhin mehr als drei Milliarden Euro – gehören auf den Prüfstand. Wir warnen die öffentliche Hand davor, mit vielen Steuer-Millionen schulische Ausbildungsangebote aufzubauen. Jugendliche mit schlechten Lernvoraussetzungen brauchen sachgerechte Unterstützung, keine Schmalspurausbildungen.

**metall:** Wird das reichen?

**Görner:** Die Kammern sollen endlich die Strafgebühren für Ausbildungsbetriebe kappen. Und die Bundesregierung sollte über ein neues Finanzierungssystem der Ausbildung nachdenken. Dabei



Foto: Markus Kirchgesner

... bei Regina Görner, im Vorstand der IG Metall zuständig für Berufsbildung

muss endlich Gerechtigkeit zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben hergestellt werden. Der Staat sollte dazu Anreize setzen. Tarifvertragliche Lösungen könnten rasche Erfolge gewährleisten. Umso bedauerlicher ist es, dass Gesamtmetall an dieser wieder Stelle nur mauert. ◀

### Samsung, Berlin

## »Wir kämpfen um unser Werk«

Schon wieder steht ein Industriestandort in Berlin auf der Abschussliste: Der südkoreanische Samsung-Konzern will seine Bildröhrenfertigung in Oberschöneweide zum 31. Dezember 2005 schließen und 750 der 800 Arbeitsplätze vernichten.

Seit die Hiobsbotschaft bekannt wurde, schallt der Ruf »Samsung muss bleiben« durch die Straßen und Medien der

Hauptstadt. Jeden Freitag sind alle Samsung-Leute, die nicht gerade Schicht haben, unterwegs.

Am 7. Oktober veranstalteten sie den längsten Autokorso dieser Stadt – 269 Fahrzeuge verbreiteten die Botschaft: »Wir lassen uns nicht einfach auf die Straße setzen.« Der Kampfgeist hat Wirkung. »Aus der Samsung-Zentrale Deutschland hörte ich,

dass Kunden in E-Mails ankündigen, keine Produkte dieser Marke mehr zu kaufen«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Kibbel. Der Schließungsgrund für das Werk sei fadenscheinig: Statt Bildröhren werden jetzt lieber Flachbildschirme gekauft. »Das war abzusehen, deshalb fordern wir seit Jahren Investitionen in neue Produkte«, sagt der Berliner IG Metall-Bevollmächtigte Arno Hager.

Noch ist es nicht zu spät zum Umsteuern. Die Produktion könnte schnell und unkompliziert auf Flachbildschirme umgestellt werden. »Wir geben nicht auf«, sagen die Samsung-Beschäftigten, und immer mehr von ihnen werden Mitglied der IG Metall. ◀

**Kundgebung in Berlin: Samsung-Bildröhrenwerk muss erhalten bleiben**



Foto: transil-berlin / von Polenz

### Infineon Urabstimmung beantragt

Der Chiphersteller Infineon schließt sein Werk in München-Perlach. 800 Arbeitsplätze werden vernichtet.

»Wegen mangelnder rechtlicher und politischer Möglichkeiten hat die IG Metall-Verhandlungskommission zur Kenntnis nehmen müssen, dass eine Schließung von Perlach nicht zu verhindern ist«, heißt es in einer Stellungnahme. Auch bei der Frage des Schließungstermins und der Abfindungen liegen die Positionen der beiden Parteien meilenweit auseinander.

Der IG Metall-Verhandlungsführer Werner Neugebauer, bayerischer Bezirksleiter: »Was Infineon uns vorgelegt hat, ist eine Zumutung für die Beschäftigten.« Die logische Konsequenz: In einer Urabstimmung befanden die IG Metall-Mitglieder über den Arbeitskampf. Der Streik begann am 24. Oktober. ◀

Automobilindustrie

# Trends verschlafen – Qualität vernachlässigt

In der Automobilbranche jagt eine Sparrunde die nächste. Investitionen und Arbeitsplätze gibt es bei einigen Herstellern inzwischen nur noch gegen Zugeständnisse der Belegschaften. Von einer Krise der Branche kann jedoch keine Rede sein. Schließlich gibt es Autohersteller, die auch in Deutschland gut leben. Porsche und Audi sind erfolgreich – BMW schafft sogar neue Arbeitsplätze. Die Probleme sind hausgemacht, verursacht durch Fehlentscheidungen des Managements. Die Suppe auslöffeln müssen am Ende die Beschäftigten.

**D**er Sprecher der kritischen Aktionäre von Daimler-Chrysler schlug einen scharfen Ton an. Als größten Arbeitsplatz- und Börsenwertvernichter in der Geschichte der Daimler-Chrysler AG bezeichnete Jürgen Grässlin den Vorstandsvorsitzenden Jürgen Schrempp und forderte seinen Rücktritt. Schrempp ging, Dieter Zetsche kam und die Arbeitsplatzvernichtung ging weiter. Zetsche zauderte nicht lange und kündigte an, 5000 Stellen bei der Mercedes-Car-Group zu streichen. Kurz darauf legte der neue Konzernlenker noch einmal nach und erhöhte auf 8500.

Damit schließt sich der Kreis. Im letzten Jahr eröffnete Daimler-Chrysler die Sparrunden in der Autoindustrie. Das Unternehmen drohte im Sommer 2004 seinen Beschäftigten in Sindelfingen, ihre Arbeitsplätze nach Bremen oder Südafrika zu verlagern, sollten sie nicht auf 500 Millionen Euro pro Jahr verzichten. Die nächste Runde bestritt Opel. Im Herbst kündigte der Mutterkonzern General Motors an, rund 10 000 Stellen in Deutschland zu streichen. In diesem Jahr – der Sommer war noch nicht vorbei – folgte Volkswagen. Ein neues Modell für den Standort Wolfsburg wollte die Konzernspitze nur zusagen, wenn es so billig wie in Portugal produziert werden könne. Und während in Wolfsburg noch verhandelt wurde, startete bei Daimler-Chrysler eine neue Sparrunde.

Bei einigen Autoherstellern steckt der Wurm drin – vor allen Dingen in den oberen Etagen. »Erfolg oder Misserfolg hängt von Strategieentscheidungen ab«, sagt Nikolaus Schmidt, Experte für Industriepolitik beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt. Und da lagen die Manager bei Opel, Daimler-Chrys-

ler und VW in der Vergangenheit öfter daneben als ihre Konkurrenten.

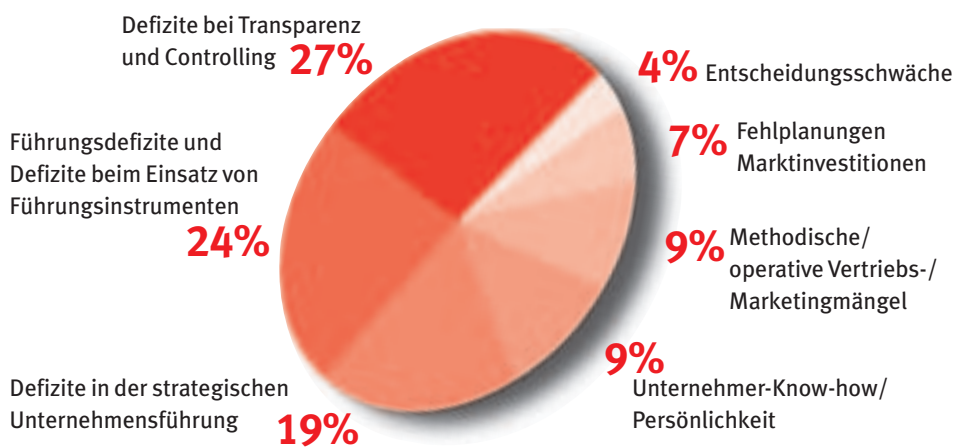
Dabei wirken Fehler oft lange nach, wie das Beispiel Opel zeigt. Dort spürt man noch immer den Lopez-Effekt. Der ehemalige Chefeinkäufer, José Ignacio Lopez, griff Anfang der 90er-Jahre zu einem radikalen Sparkurs und ramponierte durch Billig-Einkäufe das Qualitätsimage der Marke Opel. Schon früh warnten Arbeitnehmervertreter vor dieser Politik, erzählt der heutige Gesamtbetriebsratsvorsitzende Klaus Franz. »Als die Qualitätsprobleme vor sieben Jahren ihren Höhepunkt erreichten, wurde auf unsere Initiative hin ein Qualitätsvorstand eingesetzt.« Die Probleme mit mangelhaften Teilen sind Vergangenheit. Doch nichts haftet länger als ein schlechter Ruf.

### In der Luxusklasse vergaloppiert

Fehler machte das Management aber auch bei der Modellpolitik und es verschlief den Dieselboom, kritisiert Rainer Eienkel, Betriebsratsvorsitzender am Standort Bochum. »Das war eine klassische Fehlentscheidung. Aber ich kenne nicht einen Fall, in dem ein Manager für eine Fehlentscheidung bezahlen musste oder entlassen wurde.« Im Gegenteil: Im vergangenen Jahr stiegen die Gehälter der Topmanager von Unternehmen im Deutschen Aktienindex durchschnittlich um acht Prozent. Und wer diese Etage verlässt, geht meist mit goldenem Handschlag. Auch für die Aktionäre ist fast immer etwas drin.

Fehlentscheidungen gab es auch bei den anderen beiden Problem-Herstellern. So vergaloppierte sich VW mit seinem Modell »Phaeton« erfolglos in der Luxusklasse, sagt Nikolaus Schmidt von der IG Metall. Auch

### Probleme oft hausgemacht



**Ursachen von Krisen liegen zu 80 Prozent bei den Unternehmen selbst. Den größten Anteil machen dabei Führungsdefizite aus.**

Quelle: TREBAG 2005

die Entwicklung einer komplett neuen Hinterachse für den Golf war nach Schmidts Ansicht überflüssig. Mercedes machte zuletzt vor allen Dingen mit Rückrufaktionen Schlagzeilen. Und der Einstieg bei Chrysler und Mitsubishi kostete Kapazitäten, die nun an anderer Stelle fehlen. »Da wurde viel Geld verballert«, sagt Schmidt.

Egal aus welchem Grund die Geschäfte schlecht laufen, ausbaden müssen es immer die Arbeitnehmer, kritisiert Armin Herber, Opel-Betriebsrat in Rüsselsheim. »Das ist eben der einfachste Weg.« Aber nicht unbedingt der beste, meinen Experten. Schließlich leiden die Autohersteller selbst unter sinkenden Einkommen, sagt Thomas Haipeter, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Arbeit und Technik in Gelsenkirchen. »Der stagnierende Automarkt im Inland macht den Herstellern zu schaffen.« Für Haipeter sind die deutschen Hersteller durchaus konkurrenzfähig. »Dafür sprechen die Exportzahlen.«

### Teurer Stellenabbau

Doch für Unternehmen sei die Stimmung günstig Löhne zu senken. Das Klagelied der Wirtschaft hat sich in den Köpfen festgesetzt. Kaum einer bezweifelt noch die These der zu hohen Kosten. Hinzu kommt: Wenn einer mit Kostensenkung anfängt, muss die Konkurrenz nachziehen – wie bei Opel und

VW, erklärt Haipeter. Doch gesamtwirtschaftlich geht diese Strategie eher nach hinten los, befürchtet der Wissenschaftler: »Wenn alle Unternehmen sich so verhalten, sinkt die Kaufkraft und die Märkte schrumpfen weiter. So werden wir unser Wachstumsproblem nie los.«

Unterstützung bekommt der Wissenschaftler sogar von Anteilseignern. Die kritischen Aktionäre von Daimler-Chrysler halten nichts vom Stellenabbau bei Mercedes. Über Kursgewinne auf dem Rücken der Beschäftigten freut sich Paul Russmann von den kritischen Aktionären jedenfalls nicht. »Wenn man das Aktiengeschäft langfristig sieht, dann gibt es zwar jetzt einen kurzfristigen Mitnahmeeffekt, aber die Stellenstreichung demotiviert die Beschäftigten und verhindert eine nachhaltige Standortsicherung.«

Wie viele Stellen am Ende bei Daimler-Chrysler gestrichen werden, steht nach Ansicht des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Erich Klemm noch nicht fest. Schließlich rechnet das Unternehmen bei den gegenwärtigen Zahlen bereits künftige Rationalisierungsfortschritte mit ein. »Es soll also zuerst Personal abgebaut werden, um anschließend nach Maßnahmen zu suchen, die diesen Abbau rechtfertigen. Ein solches Vorgehen halten wir für höchst problema-

tisch«, sagt Klemm. Für Daimler-Chrysler scheint der Stellenabbau allerdings unausweichlich, und er ist dem Unternehmen fast eine Milliarde Euro wert. Jörg Hofmann, Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg, bezweifelt, ob das Geld gut investiert ist. »Man könnte auch eine Milliarde Euro in die Hand nehmen, um in neue Ideen zu investieren.«

**» Ich kenne nicht einen Fall, in dem ein Manager für eine Fehlentscheidung bezahlen musste.«**

**Rainer Einkel, Betriebsratsvorsitzender Opel Bochum**

Denn es gibt Alternativen. Mit innovativen Arbeitsmodellen lassen sich Flexibilität und Qualität verbessern. Auch die Produktgestaltung bietet Spielräume. Doch statt Arbeitsmodelle weiter zu entwickeln, schreiten manche Hersteller auf diesem Gebiet sogar rückwärts, sagt Martin Kuhlmann vom Soziologischen Forschungsinstitut an der Universität Göttingen.

»Einige Unternehmen, kehren zu stark arbeitsteiligen, tayloristischen Arbeitsmodellen zurück. Andere folgen blind japanischen Beispielen.« Zwar werden etwa bei Daimler-Chrysler auch innovative Arbeitsmodelle diskutiert, aber sie seien umstritten. Wie erfolgreich gute Produktgestaltung sein kann, bewies VW schon vor fast drei Jahr-

## Die Erfindung der Arbeitsteilung

### Taylorismus:

Die nach ihrem Begründer, dem US-Amerikaner Frederick Winslow Taylor, benannte Form der Arbeitsorganisation kennzeichnet eine hohe Arbeitsteiligkeit. Taylor sah die Arbeiter in den Betrieben gegenüber dem Management im Vorteil, da nur sie die Arbeit kannten. Deshalb entwickelte er eine extreme Arbeitsteilung, die dem einzelnen Arbeiter nur sehr kleine Arbeitsschritte überließ.

Den Überblick über die gesamten Arbeitsprozesse behielt im Taylorismus das Management. Damit hoffte Taylor, die Machtverhältnisse zugunsten der Arbeitgeber zu verschieben. Durch Prämienlöhne und Akkordarbeit sollten die Arbeiter zu höheren Leistungen angespornt werden.

Bei den Beschäftigten geriet der Taylorismus bald in die Kritik. Die monotonen Tätigkeiten und die hohe Arbeitsintensität belasteten die Gesundheit. Die Fehlzeiten stiegen, die Qualität litt.



Foto: STOCK/ab/Hans-Guenther Oed

### Fordismus:

Der Name steht für die Einführung der Fließbandarbeit und Massenproduktion. Sie wurde benannt nach dem Industriellen Henry Ford. Auch den Fordismus kennzeichnen eine extreme Arbeitsteilung und die Trennung von Planung und Ausführung. Das Fließband gibt das Arbeitstempo vor. Die Tätigkeit erfordert keine hohe Qualifizierung, so dass sie von ungelernten Arbeitern übernommen werden

kann. Das Bild des Fließbandarbeiters, der in seiner monotonen Tätigkeit gefangen ist, wurde vor allen Dingen durch Charlie Chaplins Film »Moderne Zeiten« berühmt.

Neben den Arbeitsabläufen gehört zum Fordismus eine Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und eine Lohnentwicklung, die dem Produktivitätsfortschritt plus Inflationsrate entspricht. ◀



**Arbeitsplätze nur noch gegen Verzicht? Proteste bei Daimler-Chrysler im letzten Sommer (links). »Der größte Arbeitsplatzvernichter in der Geschichte Daimler-Chryslers.« Der ehemalige Vorstandsvorsitzende Jürgen Schrempp bei der Jahrespressekonferenz im Februar (rechts).**

zehnten, sagt Kuhlmann. In den 70er-Jahren geriet der Konzern in eine Krise, weil der Käfer auslief. Das Unternehmen entwickelte nicht einfach nur ein neues Auto, es schuf eine ganz neue Klasse – die Golf-Klasse.

Bei Opel gibt es zumindest am Standort Bochum inzwischen Hoffnung auf bessere Zeiten. »Der Markt für die Bochumer Autos boomt«, sagt Betriebsratsvorsitzender Rainer Eienkel. Die Belegschaft arbeitet rund um die Uhr und hat inzwischen ein Zeitguthaben von rund 700 000 Stunden

angehäuft. Dennoch besteht Opel Europa-Chef Carl Peter Forster auf dem vollständigen Abbau von 2800 Stellen in Bochum. Doch für Eienkel steht fest. »Solange wir unsere Zeitguthaben nicht ausgleichen können, und solange wir Leiharbeiter beschäftigen müssen, brauchen wir keine weiteren Stellen zu streichen.« Der Betriebsrat hat eine Checkliste an die Beschäftigten verteilt, um zu zeigen, wo Personal fehlt. Gegen die Auslagerung von über 100 Arbeitsplätzen zog er sogar vor

Gericht. Mit Erfolg. Das Arbeitsgericht stoppte die Auslagerung. Ein Detail im Zukunftsvertrag machte es möglich. Noch besteht für die Arbeitsplätze in Bochum Hoffnung.

Denn angestammte Gewinner- und Verliererplätze gibt es in der Autoindustrie ohnehin nicht. Noch Anfang der 90er-Jahre sahen die Verhältnisse auf dem deutschen Automarkt ganz anders aus. Damals galt Opel als erfolgreichster Hersteller, tief in der Krise steckte ein anderer – Porsche. ◀

## Interview mit Ulrich Jürgens

### Werke wie ein Schnellimbiss

**metall:** Warum haben einige deutsche Autohersteller zurzeit Probleme?

**Jürgens:** Aus verschiedenen Gründen. Die Konkurrenz auf den europäischen Märkten wird schärfer, und vor allem die Kaufzurückhaltung in Deutschland drückt das Geschäft. Aber auch das Angebot stimmt nicht. Die Kunden wollten Diesel-Fahrzeuge mit Filter, aber die deutschen Hersteller boten keine entsprechenden Autos an. Das wundert mich. Schließlich hat die deutsche Autoindustrie von dem Diesel-Boom Ende der 90er-Jahre profitiert. Eigentlich hätte sie bei der Rußfiltertechnik ganz vorne dabei sein müssen. Das Gegenteil war der Fall. Die deutsche Autoindustrie hat versucht, die Motoren selbst weiterzuentwickeln, und kam damit zu spät auf den Markt. Erst jetzt holt sie die Filterentwicklung nach.

**metall:** Gibt es auf diese Probleme keine andere Antwort als Arbeitsplatzabbau und Lohnverzicht bei den Beschäftigten?

**Jürgens:** Doch. Der Bedarf an Innovationen ist groß und mit neuen Entwicklungen wie etwa elektronischen Bremssystemen lassen sich Arbeitsplätze schaffen – nicht nur bei den Herstellern. Zwar beschwerten sich viele bei uns über zu viele staatliche Regelungen, aber ohne unsere Sicherheits- und Umweltauflagen wäre unsere Industrie längst von Billigproduzenten übernommen worden. Doch leider droht Deutschland seine Vorreiterrolle in Sachen Sicherheit und



Foto: Michael Schmitz

**Ulrich Jürgens arbeitet am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und ist Mitautor des Buchs »Arbeiten am Auto der Zukunft, Produktinnovationen und Perspektiven der Beschäftigten«.**

Umwelt weltweit zu verlieren – wie das Beispiel der Hybridantriebe zeigt.«

**metall:** Warum hinken in Deutschland einige Hersteller bei Innovationen hinterher?

**Jürgens:** Man muss neue Produkte auch schnell umsetzen können. Doch das ist bei uns schwierig. Wir reden zwar immer vom Ende des Taylorismus, aber unsere Produktion ist noch immer sehr fordistisch. In Deutschland muss man fast ein komplettes neues Werk bauen, wenn man ein neues Produkt umsetzen will.

**metall:** Was macht andere Autohersteller, etwa japanische, erfolgreich? Eine modernere Produktion?

**Jürgens:** Ein japanisches Automobilwerk sieht nicht unbedingt moderner aus. Eher im Gegenteil. Würde man deutsche Werke mit einem Nobelrestaurant vergleichen, wären japanische Werke dagegen ein Schnellimbiss. Aber in Japan sind die Bänder flexibler. Sie erreichen eher eine fehlerfreie Produktion, weil die Bänder bei Fehlern automatisch stoppen. ◀



Foto: Markus Kirchgeßner

**Jürgen Peters,  
Erster Vorsitzender  
der IG Metall**

**Die Politik muss sich an  
den Interessen der großen  
Mehrheit der Bevölkerung  
orientieren.**

Nach der Bundestagswahl ringen die Parteien um eine handlungsfähige Regierung. Eine Große Koalition zeichnet sich ab.

Das Wählervotum ist ein klares Votum für den Erhalt von Arbeitnehmerrechten und Sozialstaat. Das ist positiv. Die Behauptung, dass das Werben für unser Arbeitnehmerbegehren für Arbeit, Innovation und soziale Gerechtigkeit den Ausgang der Wahlen entschieden hätte, wäre überzogen. Es hat aber

20 Milliarden Euro jährlich. Der Staat muss mehr in Bildung, öffentliche Infrastruktur, Kinderbetreuung und Umweltschutz investieren, damit neue Arbeitsplätze entstehen können.

► Wir wollen aber auch ein Innovationskonzept. Das soll Forschung und Entwicklung fördern, mit einer Ausbildungsumlage qualifizierte Ausbildungsplätze schaffen und die berufliche Weiterbildung gesetzlich verankern.

► Beide großen Parteien haben erheblich an Wählerstimmen verloren, weil sie nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen bekämpften. Deshalb fordern wir grundlegende Korrekturen an Hartz IV und eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die besonders jüngere und ältere Arbeitslose fördert.

► Und wir wollen eine Bürgerversicherung, die unsere solidarischen Versicherungssysteme zukunftsfest macht. Grund-

## Respekt vor dem Wählervotum

zu einem gesellschaftlichen Klima beigetragen, das den Durchmarsch der Neoliberalen verhindert hat.

Das zeigt – gerade in diesen schwierigen Zeiten – dass sich politisches Engagement lohnt. Es ist unser Signal gegen Resignation und Enttäuschung.

Von der neu gewählten Bundesregierung erwarten wir, dass sie das Wählervotum respektiert. Wir erwarten, dass sie nicht eine Politik des »Weiter so« betreibt, sondern aktiv die Lösung der zentralen Probleme des Landes anpackt.

Gerade die beiden großen Volksparteien sind verpflichtet, sich in ihrer Politik nicht an den Interessen der Großaktionäre, Finanzinvestoren und Spitzenverdiener zu orientieren, sondern an denen der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Das heißt konkret:

► Wir wollen die Sicherung von Tarifautonomie, Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechten.

► Wir fordern ein Sofortprogramm für öffentliche Investitionen im Umfang von

legend für all diese Maßnahmen ist, dass der Staat finanziell wieder handlungsfähig wird. Das Konzept »Solidarische Einfachsteuer« ist ein Konzept, das unser Steuersystem sozial gerechter und für den Staat ergiebiger macht. Unternehmen, Vermögende und Spitzenverdiener sollen sich stärker an der Finanzierung öffentlicher Ausgaben beteiligen. Das ist nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Das ist auch Ausdruck ökonomischer Vernunft.

Bei den Koalitionsverhandlungen sind jetzt Union und SPD am Zug. Wir erwarten, dass dabei die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht unter die Räder kommen. Auch das gehört zum Respekt vor dem Wählervotum.

*Jürgen Peters*

Deutschland nach der Wahl

# Stimmen der Abgeordneten



Foto: picture-alliance / dpa / Settnik



Foto: picture-alliance / dpa / Brakemeier

Deutschland nach der Wahl. Die Wählerinnen und Wähler haben den arbeitnehmerfeindlichen Konzepten der Parteien einen Denkkzettel verpasst. Doch werden die Abgeordneten den Wählerwunsch nun auch umsetzen? Werden sie abrücken von ihren neoliberalen Reformen? **metall** hat nachgefragt bei Abgeordneten, die IG Metall-Mitglieder sind.



Foto: picture-alliance / dpa / Polix

## Eine Umfrage von Gudrun Giese

**Franz Romer, CDU-MdB 1990 bis 1994, seit 1996 wieder, IG Metall Baden-Württemberg**

» Das A und O unserer Politik muss sein, den Arbeitsmarkt auf Vordermann zu bringen. Wir brauchen mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze und müssen mehr für ein Miteinander der Arbeitnehmer und Arbeitgeber tun. Ich stehe für den Erhalt der Tarifautonomie und der Flächentarifverträge. Aber innerhalb dieser Regelungen muss es mehr Spielraum für betriebliche Bündnisse und individuelle Vereinbarungen geben. Die Unternehmen, gerade die kleineren, benötigen mehr Flexibilität, um Arbeitsspitzen und -engpässe ausgleichen zu können. Betriebliche Regelungen erfordern aber auch starke Betriebsräte, die die Interessen der Arbeitnehmer im Unternehmen angemessen vertreten. Ich denke, dass generell Gewerkschaften und Arbeitgeber stärker aufeinander zu gehen müssen, schließlich heißt es Tarifpartnerschaft. Es geht nicht darum, Erfolge allein zu Lasten einer Seite zu erreichen. »



Foto: FW

## Jella Teuchner, seit 1994 SPD-MdB, IG Metall Passau

» Genau wie im Wahlkampf vertreten, geht es weiter darum, Arbeitnehmerrechte zu erhalten und auszubauen. Die großen Firmen fahren – das geben sie selbst zu – nicht schlecht mit der Mitbestimmung und mit



Foto: FW

gut ausgebildeten Betriebsräten. Ich halte es für wichtig, dass alle Betriebsräte, auch die in kleinen und mittleren Unternehmen, die Möglichkeit bekommen,

mehr Einfluss auf betriebliche Entscheidungen zu nehmen. Dazu sind gute und verbindliche Bildungsangebote nötig. Und die Betriebsräte brauchen mehr Unterstützung. Außerdem werde ich mich als neue Vorsitzende der Tarifgemeinschaft der Bundestagsabgeordneten darum kümmern, dass sich mehr Kolleginnen und Kollegen an den Tarifvertrag halten, den Verdi mit dem Deutschen Bundestag abgeschlossen hat. Schließlich sollten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten für sich Arbeitnehmerrechte in Anspruch nehmen können. »

## Kommentar

DER WAHLAUSGANG UND DIE UNSICHEREN AUSSICHTEN  
WIRTSCHAFTSPOLITISCHER BESSERUNG

»Koalition der Vernunft« oder »Reform-Koalition« aber auch »kleinstes Übel« oder »Notlösung« hört man, wenn von der großen Regierungskoalition aus SPD und CDU/CSU unter einer Bundeskanzlerin Merkel die Rede ist. Eines lässt sich wohl sagen: Sie entspricht nicht dem Wunsch der Wähler. Denn das Wahlergebnis vom 18. September hat sowohl der »Weiterreform« Schröder'scher Prägung als auch einem mit dem »Steuerexperten« Paul

Kirchhof gut symbolisierten Politikwechsel Merkel'scher Orientierung eine klare Absage erteilt. Da beide Politiklager gegenüber dem für die konservativ-liberale Opposition verlustreichen Wahlausgang von 2002 in den Stimmanteilen fast konstant geblieben sind, im linken Wählerspektrum mit dem starken Ergebnis der Linkspartei aber ein klarer Linksrutsch ausgelöst wurde, dürften die Zeichen der Zeit eigentlich deutlich sein: Die

Wählermehrheit möchte eine sozialdemokratische Politik, wie sie in der Schröder-SPD zuletzt nur noch in der Wahlkampf-Rhetorik auffindbar war: Der Staat soll klare soziale Verantwortung akzeptieren, sich nicht hinter globalen Marktentwicklungen verschanzen und den Menschen gegen die Schwächen des Markts verteidigen und nicht mit einer Hartz-IV-Gesetzgebung dafür noch selbst verantwortlich machen.

Von all dem darf in einer großen Regierungskoalition nicht viel erwartet werden. Die Regierungsprogramme von SPD und CDU/CSU weisen wenig Gemeinsamkeiten, aber viele Konfliktfelder auf. Mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner – möglicherweise in einer weiteren Senkung der Unternehmenssteuern – wird man Deutschland nicht regieren können, die »Sozialdemokratisierung« der CDU/CSU wird an den Wirtschaftsliberalen in der CDU um Friedrich Merz zerbrechen. Und

jedes Weiterreformieren auf Schröders Spuren würde die SPD weiter schwächen und der Linkspartei zusätzlichen Zulauf verschaffen.

Also: Voraussichtlich wird es nicht zu dem Systemwechsel unsolidarischer Steuer-, Sozial-, Tarif- und Mitbestimmungsreformen kommen, die sich die CDU/CSU auf die Fahnen geschrieben hatte, aber eine wirklich solidarische Reform der Sozialsysteme und, vor allem, eine Reform der makroökonomisch auszurichtenden Wirtschaftspolitik, darf wahrlich von einer großen Koalition auch nicht erwartet werden. Eine besser aufeinander abgestimmte Finanz-, Geld- und Lohnpolitik, eine deutliche Erhöhung der öffentlichen Investitionen und eine auf eine breitere Einnahmehasis gestellte (Bürger-) Sozialversicherung – gegebenfalls unter Entlastung der Lohnnebenkosten durch Erhöhung der Mehrwertsteuer – aber sind notwendig, wenn ein nachhaltiger Ausweg aus der Stagnation gefunden und die Wende am Arbeitsmarkt geschafft werden soll. Bleibt hingegen diese Wende aus, bleibt auch der Druck auf

die Sozialsysteme, die Arbeitsmarktregulierungen – halt der ganze neoliberale Themenkasten – erhalten und das »mehr davon« wird nicht verstummen.

**»Eine solidarische Reform der Sozialsysteme darf von einer Großen Koalition nicht erwartet werden.«**

Ein »Mitte-Links-Bündnis« aus SPD, Grünen und Linkspartei, dass sich aufgrund der großen grundlegenden Übereinstimmungen der Wahlprogramme eigentlich anbieten würde und dass dem Wählervotum besser entsprechen würde als eine große Koalition, ist nie ernsthaft erwogen worden. Die Parteistrategen sollten besser zuhören, wenn das Volk schon mal um seine Stimme gebeten wird. Denn eines ist klar: Wenn eine Regierung, deren politische Legitimation zweifelhaft ist, keine ökonomischen und gesellschaftlichen Erfolge vorweisen kann, gerät die politische Stabilität in diesem Land in Gefahr – das kann niemand wollen und lässt mich hoffen. ◀

## Klaus Ernst, ab 2005 MdB Linkspartei, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt

»Vordringlich sind wirksame Schritte gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Deshalb muss die Idee einer Ausbildungsplatzabgabe wieder belebt werden. Sehr schnell sollte Hartz IV in wesentlichen Punkten verändert werden: Wer in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, muss länger Arbeitslosengeld I erhalten. »Bedarfgemeinschaften« sollten nicht so eng gefasst bleiben, dass etwa Kinder für ihre bedürftigen Eltern aufkommen müssen, bevor ALG II gezahlt wird. Außerdem wird es wichtig, Mitbestimmungs- und Tarifrechte nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen; etwa die Mitbestimmung der Betriebsräte bei Kündigungen sowie in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Ich denke auch daran, eine Initiative zum Ausbau des Streikrechts zu starten. Das ist ein Punkt, mit dem die SPD 1998 einmal angetreten war. Bei all' diesen Themen geht es darum, Debatten anzustoßen, die schon lange überfällig sind.«



Foto: picture-alliance / dpa / Mettskiefen

## Jörg Tauss, seit 1994 SPD-MdB, IG Metall Baden-Württemberg

»Es ist sehr wichtig, dass das Wahlergebnis eine schwarz-gelbe Mehrheit und damit eine neoliberale Wende ausgeschlossen hat. In der beginnenden Legislaturperiode müssen wir schnell die Arbeitsmarktprobleme angehen. Dazu ist eine bessere Kooperation zwischen SPD und IG Metall wichtig und nötig. Ein wichtiges praktisches Aufgabenfeld ist der Bereich Arbeit – Wirtschaft – Forschung: Innovationen müssen angestoßen und gefördert werden, um Arbeitsplätze zu sichern. In den letzten Jahren haben Unternehmen ihre Kosten in erster Linie durch Stellenstreichungen gesenkt. Innovative Ansätze setzen dagegen auf mehr Energieeffizienz oder optimierte Arbeitsprozesse, nicht auf weniger Beschäftigte.«



Foto: picture-alliance / dpa / Segar



Foto: picture-alliance / dpa / Jasperson

Die Wähler wollen kein schwarz-gelbes Bündnis. In der Großen Koalition von SPD und Union wird Kanzler Schröder kein Amt haben.



Foto: picture-alliance / dpa / Brakemeier

## Klaus Brandner, seit 1998 SPD-MdB, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Gütersloh

» Ganz oben auf meiner Prioritätenliste steht, für Erhalt und Ausbau der Tarifaufonomie zu kämpfen. Dazu gehört, das Entsendegesetz umzusetzen und tarifliche Mindestlöhne zu erreichen, die möglichst allgemeinverbindlich werden sollten. Das zweite wichtige Ziel ist, alle Kräfte für mehr Beschäftigung zu stärken. Es ist überfällig, dass die kommunale Nachfrage gestützt wird, sprich: mehr Geld für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur eingesetzt wird. Und schließlich: Bei allen Reformen, so nötig sie im Einzelfall sind,



Foto: picture-alliance / dpa / Bergmann

muss beachtet werden, dass sie sozial gerecht gestaltet werden und dass Arbeitnehmerinteressen nicht hinten an stehen. Vor allem muss dem Trend gegengesteuert werden, abhängig Beschäftigte als »Kostenfaktoren« wahrzunehmen. «

## Werner Dreibus, ab 2005 MdB Linkspartei, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Offenbach



Foto: FM

» Wir brauchen einen Politikwechsel insgesamt und eine bessere Kommunikation mit außerparlamentarischen Organisationen – vor allem mit den Gewerkschaften. Inhaltlich wird es

## Andrea Nahles, IG Metall-Mitarbeiterin 2002/03, SPD-MdB 1998 bis 2002, ab 2005 wieder, Rheinland-Pfalz

» In den Sondierungsgesprächen mit der Union wurden bereits Einigungen erzielt, die für mich als Gewerkschafterin und Parlamentarierin eine gute Grundlage für meine weitere Arbeit bilden: Die Tarifaufonomie wird nicht angetastet; Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden auch in Zukunft fair über Arbeitsbedingungen verhandeln. Uns ist es gelungen,

die Steuerfreiheit der Sonntags-, Nacht- und Feiertagszuschläge zu erhalten. Darüber hinaus will ich auch unter den Rahmenbedingungen einer Großen Koalition daran arbeiten, das Projekt der solidarischen Bürgerversicherung im Gesundheitswesen umzusetzen. Alle Einkommensgruppen sollen in die Solidargemeinschaft einbezogen werden, um das System stabil und sozial gerecht zu machen.

Außerdem will ich die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorantreiben. Ich werde mich für eine flächendeckende Betreuung der unter dreijährigen Kinder und für die Einführung eines Elterngelds stark machen. «



Foto: picture-alliance / dpa / Schindler

## Josip Juratovic, bisher freigestelltes Betriebsratsmitglied Audi Neckarsulm, ab 2005 SPD-MdB, IG Metall Neckarsulm

» Ich möchte meine Erfahrungen als Betriebsrat und Metaller in die Ausschuss- und Parlamentsarbeit einbringen. Inhaltlich ist der Erhalt der Tarifaufonomie ein absolutes Muss. Und es darf auch in Zukunft kein Zurück beim Erhalt der Steuerfreiheit von Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen geben. Intensiv werde ich mich dem Thema Integrationspolitik widmen. Grundsätzlich bin ich froh, dass – nach anfänglichen Widerständen und Zugeständnissen an den CDU-dominierten Bundesrat – das Zuwanderungsgesetz zustande gekommen



Foto: picture-alliance / dpa / Seeger

ist. Doch es muss mit Leben gefüllt werden. Ich werde intensiv den Kontakt zu Migrantenvereinen pflegen und mich weiter im Migrationsausschuss beim IG Metall-Vorstand engagieren. «

Anzeige

**MetallRente**

**Was du heute  
kannst besorgen...  
vorsorgen!**

Damit die Rente stimmt.

Info unter [www.metallrente.de](http://www.metallrente.de)

in meinen Bereichen Wirtschaft, Arbeit und Soziales um die Schwerpunkte Hartz IV, Mindestlohn, Vermögenssteuer und Zukunftsinvestitionsprogramm gehen. Die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD muss an

den Aussagen zu diesen Themen gemessen werden. Hartz IV halten wir für einen grundsätzlich falschen Ansatz, der nicht geeignet ist, arbeitsmarktpolitische Probleme zu lösen. In einem ersten Schritt muss es jedoch darum gehen, die größten Ungerechtigkeiten – wie die Differenz des ALG II zwischen Ost und West, die Zumutbarkeitskriterien für die Arbeitsaufnahme – zurückzunehmen. «

# Die kleinen Strolche bei BMW

**Betriebskindergarten, familienfreundliche Arbeitszeiten, Angebote in der Elternzeit, Hilfe bei der Suche nach einer Kinderbetreuung oder einem Pflegedienst – damit Familie und Beruf nicht zum Spagat werden, müssen Betriebsräte und Unternehmen gemeinsam nach verbindlichen Lösungen suchen. Nur so können sich Frauen und Männer mit Kindern und familiären Verpflichtungen beruflich gleichermaßen entfalten.**

**B**MW ist stolz. Auf das neue Haus mit Garten in der Nirschlstraße in Dingolfing und darauf, dass dort seit Anfang Oktober Platz für zwei Kindergartengruppen der BMW-Strolche mit 32 Kindern im Alter zwischen acht Wochen und sechs Jahren ist. Damit gibt es jetzt vier Standorte mit 133 Plätzen der BMW-Strolche, der betriebsnahen Kinderbetreuung des Automobilherstellers. Individuelle Zeitmodelle sind bei den Strolchen möglich: Halb- oder Ganztagsbetreuung, manche Kinder kommen nur an einzelnen Wochentagen. BMW stellt die Räume, die Erstausrüstung und finanziert das Essen. Die Eltern und die Stadt

teilen sich die Personalkosten. Die Beiträge sind dann etwa so hoch wie die kommunaler Kindergärten.

Das, womit sich heute das Unternehmen schmückt, war vor 20 Jahren noch nicht selbstverständlich. »Ich musste das mit meinem Sohn noch anders lösen als ich 1985 bei BMW anfang«, erinnert sich Barbara Beck vom BMW-Betriebsrat. Sie hatte die Idee mit dem Betriebskindergarten und ist damit so etwas wie die Mutter der Strolche bei BMW. Aber bis ihrer Idee 1992 der erste Kindergarten folgte, musste Beck viel Überzeugungsarbeit leisten. »Das Unternehmen ist eben sehr von Männern und Technik dominiert«, um-

schreibt die Betriebsrätin die anfänglichen Widerstände. Zunächst seien »Minimallösungen«, wie Hilfe bei der Vermittlung von Betreuungsplätzen, angeboten worden. Doch Beck wollte mehr. Als sie erfuhr, dass in der Nähe des Werks gerade ein Mitarbeiterwohnheim umgebaut wird, und dass es dort auch noch Gewerberäume gibt, »konnte das Unternehmen gar nicht mehr anders«.

Was Beck für den Automobilkonzern BMW als »Minimallösung« bezeichnet, ist für viele kleine und mittelständische Betriebe ein Weg. »Dort sind oft sehr individuelle, aber ebenfalls verbindliche Lösungen gefragt«, weiß Astrid Knüttel, die für die betriebliche

Foto: Sven Simon

**Kindergarten-Kinder beim Spielen: »Eltern brauchen verlässliche und verbindliche Betreuungsangebote«**



Gleichstellungspolitik im Funktionsbereich Frauen – und Gleichstellungspolitik beim IG Metall-Vorstand zuständig ist.

Am bedeutendsten seien hier selbstbestimmte Arbeitszeitmodelle wie Gleitzeit, Teilzeit auch in und während der Elternzeit sowie die Möglichkeit, einen Teil der Arbeit von zu Hause zu erledigen. »Flexible Arbeitszeiten gibt es ja oft schon, aber die sind meist nicht im Interesse der Vereinbarkeit mit der Familie«, beschreibt Knüttel. Hier sind Unternehmer und Betriebsräte gefragt, nach Lösungen zu suchen, die die Bedürfnisse von Eltern und Arbeitnehmern mit Pflegeaufgaben im Auge haben. Häufig würden Geschäftsführer kleiner oder mittlerer Betriebe sagen: »Ja, wenn jemand auf mich zu kommt, dann finden wir schon einen Weg«. »Doch Familienfreundlichkeit darf keinen Bettelcharakter haben«, betont Knüttel. Deshalb sei es wichtig, die Übereinkünfte verbindlich für alle Mitarbeiter in Betriebsvereinbarungen festzulegen. Gerade für kleine und mittlere Betriebe gebe es keine Standardlösungen. »Deshalb ist eine Mitarbeiterbefragung im Vorfeld gut«, sagt Knüttel. Das erleichtere auch die Verhandlungen mit den Chefs.

Im ostwestfälischen Oerlinghausen, bei dem mittelständischen Unternehmen Hanning & Kahl mussten die Chefs nicht mehr überzeugt werden. Die 300 Mitarbeiter wurden aber trotzdem befragt, als das Unternehmen vor zwei Jahren an dem Projekt »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« der BGAG-Stiftung Walter Hesselbach teilnahm. »Wir wollten wissen, was gewünscht wird«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Lothar Specht.

Eine Gleitzeitlösung gab es: Sie erlaubt die Arbeitszeitkonten bis zu 180 Stunden im Plus oder Minus zu führen. Außerdem hatte der Betrieb noch eine Besonderheit – einen Mitarbeiterservice. »Ich hole den neuen Pass beim Amt ab, besorge Theaterkarten und stelle mich auch mal beim Discounter für Sonderangebote an«, beschreibt Specht, der den Service betreut, die Aufgaben. Außerdem organisiert er Veranstaltungen zu Gesundheit, Rente sowie Steuern und Recht. Darauf sollte aufgebaut werden. Die Umfrage ergab, dass die Beschäftigten im Alltag mit ihren Möglichkeiten zur Kinderbetreuung und zur Pflege von Angehörigen zufrieden waren. Probleme erga-

ben sich eher in den Schulferien und wenn der Kindergarten schließen musste. Auf dieser Grundlage erarbeitete die Beratungsgesellschaft ISA Consult eine Lösung. Es wurde ein so genannter »Notfallkoffer«, in Form einer Info-Datenbank erstellt. Diese enthält die Adressen und Profile aller Dienstleister im Bereich der Kinderbetreuung und Altenpflege in Bielefeld, Oerlinghausen und Lage.

»Möchte heute jemand wissen, wo er seine pflegebedürftige Mutter kurzzeitig unterbringen kann, kann ich ihm helfen«, beschreibt Specht. Außerdem wurde das Beratungsprogramm des Unternehmens um regelmäßige Veranstaltungen zur Pflege, ein Sport- und Fit-



Beim BMW Kindergarten werden Bäume gepflanzt und Sandburgen gebaut



ness-Programm und Schulungen erweitert. Bei Hanning & Kahl arbeiten Betriebsrat und Geschäftsleitung eng zusammen. »Unsere Ziele unterscheiden sich nicht: Wir wollen die Mitarbeiter motivieren und sie ans Unternehmen binden«, sagt Wolfgang Helas, der Geschäftsführer. Für Helas ist auch Teilzeitarbeit für Führungskräfte in der Elternzeit nicht zwangsläufig ein Karrierestopper. »Bei unserer Leiterin der EDV-Abteilung hat das sehr gut funktioniert«, erzählt Helas, der sich die Lösung auch bei einem Mann vorstellen kann.

Das begrüßt Astrid Knüttel. »Familienfreundlichkeit heißt auch Chancengleich-

heit für Frauen und Männer, sowie in allen Hierarchie-Ebenen«, sagt sie. Doch da müsse sich aus betrieblicher Sicht noch einiges ändern. Dieses Problem sieht auch Barbara Beck von BMW. »Die Arbeitszeiten bei BMW lassen nichts zu wünschen übrig, doch Teilzeit ist bei uns noch ein Karrierekiller.« Trotz Job-Sharing, der Möglichkeit zu einer »Familienpause« und über 200 Arbeitszeitmodellen würde nicht immer ein befriedigender Weg gefunden. »Gerade in der Fertigung muss nach individuellen Lösungen gesucht werden«, sagt Beck. Doch manches scheitert dann an der Phantasie der Führungskräfte, die häufig immer noch in traditionellen Familienbildern denken. ◀

Martine Pfeifer

Anzeige

**MetallRente**



Hier werden Sie  
**gefördert.**

**Betriebliche  
Altersversorgung.**

Info unter [www.metallrente.de](http://www.metallrente.de)

## Tipps rund um das Thema Chancengleichheit

Das Netzwerk Chancengleichheit bietet für Betriebsräte und Ortsfrauenausschüsse im Internet Infos zu Veranstaltungen, Muster für Betriebsvereinbarungen, Literatur-Tipps und Links zum Thema:

► [www2.igmetall.de/homepages/chancengleichheit/home.html](http://www2.igmetall.de/homepages/chancengleichheit/home.html)

Beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) finden sich verschiedene Studien zum Thema Familie und Beruf und Literaturhinweise unter:

► [www.dgb.de/themen/Familienpolitik](http://www.dgb.de/themen/Familienpolitik)

Informationen rund um das Thema Familie gibt es auf der Seite:

► [www.familienhandbuch.de](http://www.familienhandbuch.de)

► Fragen zum Thema können an die E-Mail [frauen@igmetall.de](mailto:frauen@igmetall.de) gerichtet werden. ◀

**Wir für Beckum**  
in Wirtschaft & Einzelhandel,  
Kultur & Tourismus

**Die Stadtmarketing Beckum GmbH stellt zum 1. 8. 2006 eine/n Auszubildende/n zur/zum Veranstaltungskaufrau/-mann ein.**

**Wir erwarten:**

- allgemeine Hochschulreife,
- Kenntnisse in der Büroorganisation (Arbeiten am PC/MS Office),
- nach Möglichkeit Erfahrungen mit der Organisation von Veranstaltungen und/oder Praktika in verwandten Arbeitsbereichen,
- Führerschein Klasse 3, nach Möglichkeit mit eigenem Pkw,
- die Bereitschaft zu einem Praktikum vor Ausbildungsbeginn,
- gute Allgemeinbildung & vielseitige Interessen,
- Engagement, Kreativität & Flexibilität.

Ihre vollständige, schriftliche Bewerbung richten Sie bitte an:

Stadtmarketing Beckum GmbH  
[Redacted]  
Tel. [Redacted]  
[Redacted]  
[Redacted]



Aufgrund der Informationsveranstaltung vom 20. 06. 2005 erkläre ich mich zu folgendem Lösungsvorschlag bereit (bitte nur eine Möglichkeit ankreuzen):

- ☐ Entlassung von Arbeitskräften
- ☐ Erhöhung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden
- ☐ Aufgrund des nicht einfachen Sachverhalts, den ich für mich und das Unternehmen in allen Auswirkungen überblicken kann, unterstütze ich die Entscheidung der Geschäftsführung mit der Maßgabe, dass im Sinne des Unternehmens und zum langfristigen Erhalt unserer aller Arbeitsplätze gehandelt wird. Einer Erhöhung der Arbeitszeit würde ich dann ebenfalls zustimmen.

Ihre Antwort ist bitte bis 22. 06. 2005 bereitzuhalten und wird eingesammelt.

**Schreiben der Firma Bosch-Druck, Ergolding**

**Suchen weibl.**  
Allroundkraft für  
Haushalt/Büro  
für Putzen, Bügeln,  
Garten usw., evtl.  
Kochen. Zahlen  
5,- Eur/Std.  
Gerne Türkin  
Tel.: [Redacted]

Suche  
**männlichen Fahrer**  
möglichst Frührentner, auf 400,- € Basis  
für 2,5 Std./Tag  
von Mo. – Sa. ab 2 Uhr nachts  
**P. B. K.**  
**Haushaltsauflösungen**  
Die günstige Alternative  
zu teuren Firmen  
Bürozeiten:  
Mo. – Sa. 10 – 13 Uhr u. 20.30 – 21.30 Uhr  
[Redacted]

Anzeige aus »Bielefeld direkt«

Anzeige aus »Neue Braunschweiger«

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von **metall**-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main



# Sauber bleiben

sauber  
bleiben  
mit Tarif.

In den Wäschereien wird getrommelt: Tausende von Beschäftigten leisten Widerstand. Gekämpft wird für saubere Bedingungen. Die Aktionen zeigen Wirkung: Einige Arbeitgeber bewegen sich. **metall** veröffentlicht erstmalig, wie die Wäschereien zum IG Metall-Tarifpartner Intex stehen.

**H**ans Wettengl freut sich: »Die Aktionswoche im September war ein voller Erfolg.« Tausende von Beschäftigten beteiligten sich an Betriebsversammlungen und Tarifkommissionen. Wettengl, zuständig beim IG Metall-Vorstand für die Textilen Dienste: »Jetzt begreifen die Arbeitgeber, was auf dem Spiel steht.« Einige Firmen haben angedeutet, die Kündigung ihrer Mitgliedschaft beim Arbeitgeberverband Intex zurück zu nehmen. Und das bedeutet: Sie wären wieder dabei beim IG Metall-Flächentarifvertrag der Textilen Dienste.

Was bisher passierte: Zahlreiche Arbeitgeber sind aus dem Arbeitgeberverband Intex – Tarifpartner der IG Metall – ausgetreten. Ihr Ziel: Sie wollen den Beschäftigten massive Verschlechterungen aufdrücken. Und liebäugeln mit einem Vertrag, den der Textilreinigungsverband DVT/Tatex mit dem DHV im Christlichen Gewerkschaftsbund, unterschrieb. Inhalt des Vertrags: länger arbeiten, geringere Bezahlung, weniger Urlaub, kein Urlaubsgeld und keine vermögenswirksamen Leistungen. Deshalb wird noch mehr Druck gemacht auf die Abtrünnigen, also auf



Angebote in einer Wäscherei: »Viele Arbeitgeber wollen ihren Beschäftigten derzeit massive Verschlechterungen aufdrücken.«

die Wäschereien, die ihre Mitgliedschaft beim Verband Intex gekündigt haben. **metall** veröffentlicht hier erstmals eine Liste der ausgetretenen Wäschereien und eine Liste der Firmen, die Mitglied sind beim Tarifpartner

Intex. Der Grund für die Veröffentlichung: »Gewerkschafter und Betriebsräte sollten darauf achten, dass nur die Wäschereien Aufträge erhalten, die Mitglieder bei Intex sind«, erklärt Hans Wettengl. ◀ **Susanne Rohmund**

## Liste der Wäschereien, die ordentliche Mitglieder beim Verband Intex sind: \*

➤ **ALSCO Berufskleidungs-Service** ➤ **Bardusch** ➤ **Gödde** (gehört zu Berendsen – Austritt zum 31. Dezember 2005) ➤ **Walter Greif** ➤ **HTS** (Marken: boco, CWS, Marquart & Schulz, EuroDress, Schumm, HTS Warburg) ➤ **Initial Textil Service** (Marken: Profitex, Microclean, Initial, Adrett) ➤ **Salesianer Miettext Mietwäschevertriebsgesellschaft** ➤ **Kampschulte** ➤ **Klaner Textilservice** ➤ **Nordwäscherei Ludwig Krist** ➤ **Larosé Hygiene Service** ➤ **Mittelsächsische Textilreinigungs- und -handels AG** ➤ **permaclean Textil-Mietservice GmbH** ➤ **Rentex Vertriebs GmbH** (gehört zu Berendsen – Austritt zum 31. Dezember 2005) ➤ **Siemeonsbetriebe** ➤ **Steritex KG Schneeweiss 1882** ➤ **Widi Wirtschaftsdienst Hellersen** ➤ **Wulff Textil-Service**

\* Stand Redaktionsschluss 21. Oktober. Auf [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de) wird eine Liste veröffentlicht, die ständig aktualisiert wird.

## Liste der Wäschereien, die ihre Intex-Mitgliedschaft zum 31. Dezember 2005 gekündigt haben: \*/\*\*

– **Ahrens Textil-Service** – **Berendsen** – **Coburger Handtuch + Matten-Service** – **Großwäscherei Voss** – **Kuntze & Burgheim Textilpflege** – **Mewa Textil-Service** – **Ring-Textilservice** – **Stangelmayer Textilservice** – **Troost** – **Ullmer Hygiene-Wäscherei** – **Urzinger Textile Mietdienste** – **WeissTex** (Kündigung bereits im Jahr 2004) – **Wolfsperger Mietwäscheservice**

\* Stand Redaktionsschluss 21. Oktober. Auf [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de) wird eine Liste veröffentlicht, die ständig aktualisiert wird.

\*\* Viele der Firmen treten unter der Marke DBL und der Marke Rentex auf.

# Betriebsräte brauchen wir nicht

**Die Lutz-Gruppe ist nach Ikea jetzt die Nummer 2 im Möbelhandel. Der österreichische Konzern kauft derzeit ein Möbelhaus nach dem anderen auf. Inhaber sind die Gebrüder Seifert, bekennende Gewerkschaftsfeinde.**

**M**it dem Verkauf von Möbeln lässt sich nach wie vor gutes Geld machen. Ingvar Kamprad, der Inhaber von Ikea, wurde so zum sechstreichsten Menschen der Welt. Zwei Brüder aus Österreich wollen nun ebenfalls mit Möbeln das ganz große Geld machen. Klammheimlich stiegen sie zum zweitgrößten Anbieter der Welt auf – nach Ikea. Bezüglich ihres Einkommen spielen sie allerdings in einer wesentlich niedrigeren Liga als Ingvar Kamprad. Die Gebrüder Seifert haben aus dem elterlichen Geschäft für Bauernmöbel ein aggressiv wachsendes Imperium gemacht.

Im Monatsrhythmus kaufen sie überall in der Bundesrepublik mittelständische Möbelhäuser auf. Denen wird dann einer der Handelsnamen der Gruppe übers Eingangsportal gehängt: XXXLutz, Möbelix, Domäne, Möma, Bono, Möbel Oase, Mömax, Das Ding, Carryhome oder Hin & Mit. Eine Erfolgsgeschichte wie aus dem Bilderbuch der neo-liberalen Märchenschreiber.

Die werden auch einen der Glaubensgrundsätze der beiden promovierten Möbelhändler zu schätzen wissen: »Betriebsräte kennen wir nicht, Gewerkschaften brauchen wir nicht.« Naturgemäß sehen das die Beschäftigten der übernommenen Möbelhäuser anders. Zum Beispiel die Kolleginnen und Kollegen des ehemaligen Karstadt Einrichtungshauses in München. Das hoch über der Theresienwiese gelegene Möbelhaus war einst Renommierstück des ins Trudeln geratenen Karstadt-Konzerns. Die Brüder Seifert griffen vor Jah-

resfrist zu. Als kleine Aufmerksamkeit ließen die neuen Inhaber Mon-Chérie-Pralinen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verteilen. Der dazu gehörende Kater kam exakt ein Jahr später. Da wurden nämlich den Karstadt-Beschäftigten Einzelarbeitsverträge mit massiven Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen »angeboten«. In Wirklichkeit war das schlichte Erpressung: Mehrarbeit, weniger Urlaub, weniger Geld oder Arbeitslosigkeit. Verhandlungen mit dem Betriebsrat waren

gescheitert. Das Gremium war zwar zu einer Reihe von Zugeständnissen bereit, freilich nur für die begrenzte

Zeit der Sanierung des Geschäfts. Von den 420 Beschäftigten des ehemaligen Karstadt-Einrichtungshauses werden lediglich 225 zum 1. Januar 2006 übernommen – »Sanierung« nach Seifert-Art.

Die Unternehmensgruppe, die unter XXXLutz firmiert, setzt 2,1 Milliarden Euro im Jahr um. Erarbeitet wird der Umsatz von

**Größter Stuhl der Welt von XXXLutz: Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert**

rund 13 000 Beschäftigten in 178 Geschäften. Andreas und Richard Seifert finanzieren ihre gewaltige Einkaufstour auf ungewöhnliche Art und Weise – und ganz ohne die Hilfe von Banken. Zwei Stiftungen mit Sitz im oberösterreichischen Wels, wo auch die Zentrale der XXXLutz GmbH residiert, kaufen die Immobilien auf. Das Geld dafür sammeln die Stiftungen vorwiegend in den USA ein. Diese Geldanlage erfreut sich offensichtlich einiger Beliebtheit. Zwar dürfte die Rendite aus dem Möbelhandel nicht so gewaltig sein. Aber das österreichische Recht hält für Anleger eine Reihe von außergewöhnlichen Steuervorteilen bereit. Vor allem Austro-Amerikaner, so munkelt man in der Branche, seien unter diesen Umständen bereit, erhebliche Summen ins ehemalige Heimatland zu transferieren.

Das Aufkaufen immer weiterer Möbelhäuser in der Bundesrepublik hat für die Seiferts nicht nur Vorteile. In den ersten Jahren ihres Feldzugs zur Eroberung des Möbelmarkts konnten die fanatischen Gewerkschaftsfeinde noch weitgehend im betriebsratsfreien Raum agieren. Je größer aber die Happen werden, die sie verspeisen, umso öfter ist auch eine Zutat dabei, die ihnen überhaupt nicht schmeckt: Tarifvertrag, Betriebsrat, Gewerkschaft. Da können die Ge-

brüder dann Gift und Galle spucken. ◀

**Hans-Otto Wiebus**

**Ehemaliges Möbelhaus Neubert in Würzburg: Namen übergestülpt**



Foto: Werner Bachmeier

Electrolux-AEG in Nürnberg

# Aus Erfahrung Gegenwehr

**Der schwedische Electrolux-Konzern plante, die Produktion bei AEG Nürnberg zu schließen. 1750 Beschäftigte mussten um ihre Arbeitsplätze bangen. Eine 24-stündige Betriebsbesetzung brachte die Geschäftsleitung zum Nachdenken: Es wird weiter verhandelt.**



Foto: Werner Buchmeier

**F**ür die Beschäftigten kann es durchaus hilfreich sein, wenn eine Konzernleitung phantasielos agiert. Wie die Zentrale des weltgrößten Haushaltswarenherstellers Electrolux in Stockholm. Nach dem oftmals praktizierten Modell »Wir verlagern ins Ausland, denn der Standort Deutschland ist zu teuer« wollte die Mutter Electrolux die Tochter AEG in Nürnberg erpressen.

Auf dieses abgedroschene Manöver reagierten die Beschäftigten des Traditionswerks überaus selbstbewusst: Für 24 Stunden machten sie den Betrieb dicht. Im 1500 Kilometer entfernten Stockholm hörte man die Signale aus Nürnberg sehr gut: Statt wie geplant bei einer Aufsichtsratssitzung am 24. Oktober dem Nürnberger Werk den Todesstoß zu versetzen, lenkten Electrolux-Vorstandsvorsitzender Hans Stråberg und sein Europa-Statthalter Johann Bygge ein: Bevor entschieden wird, gibt es neue Verhandlungen mit dem Betriebsrat.

Der stellvertretende AEG-Aufsichtsratsvorsitzende Jürgen Wechsler von der Nürnberger IG Metall: »Bei den Gesprächen wird es nicht um einen weiteren Beitrag der Beschäftigten gehen, sondern darum, die Fixkosten zu reduzieren und die AEG zu Investitionen zu er-

**Betriebsbesetzung bei AEG in Nürnberg: Es gibt neue Verhandlungen**

muntern.« Der Hintergrund: Der Betriebsrat hatte das Saarbrücker Info-Institut beauftragt festzustellen, welche Perspektiven das Geschäft von AEG Nürnberg (Waschmaschinen, Geschirrspüler und Trockner) habe.

Denn der Markt mit der »weißen Ware« hat seine Tücken: Die Preise sind um rund 15 Prozent gefallen, die Kosten für Rohstoffe wie Stahl hingegen enorm gestiegen. Trotzdem entdeckten die Wissenschaftler einen Weg den Betrieb weiterhin profitabel zu halten.

Zwar müsste die Belegschaft einen Beitrag von 15 Millionen Euro im Jahr leisten, um die Lohnkosten zu senken. Auf der anderen Seite aber könnte das Werk langfristig auf solider Basis weiter arbeiten, wenn auch die Geschäftsleitung ihren Beitrag leisten würde.

Denn die Schwierigkeiten sind weitgehend hausgemacht. Electrolux hat in Nürnberg seit sechs Jahren nichts mehr investiert. Die komplette Verlagerung der Entwicklungsabteilung für die Waschmaschinen nach Italien hat zudem dazu geführt, dass das Nürnberger Werk technologisch abgehängt wurde. Betriebsratsvorsitzender

Harald Dix: »Es gibt längst verbesserte Fertigungsmethoden bei den Waschmaschinen. Die beiden Electrolux-Werke in Polen, die nächstes Jahr in Betrieb gehen werden, sind technologisch auf dem neuesten Stand und können deswegen kostengünstiger arbeiten.«

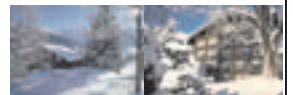
Mit diesen beiden Betrieben hat Electrolux gewaltige Überkapazitäten aufgebaut. Statt in Nürnberg zu investieren, um das Werk an seine Kapazität von zwei Millionen Einheiten heranzuführen (heute 1,4 Millionen), hat der Konzern, geblendet von den niedrigeren Lohnkosten in Polen, Werke errichtet, die ab 2006 zwei Millionen Waschmaschinen und Geschirrspüler auf den Markt werfen können. IG Metall-Bezirksvorsitzender Werner Neugebauer: »Man überfrisst sich und spuckt dann den Standort Nürnberg aus.«

Außerdem hat der Electrolux-Konzern das Marketing und den Vertrieb von AEG-Geräten sträflich vernachlässigt. Bei den Verbrauchern haben Maschinen aus dem Hause AEG (»Aus Erfahrung gut«) nach wie vor einen sehr guten Ruf. Statt die Marke AEG vernünftig am Markt zu platzieren, statt mit Neuentwicklungen auch neue Verbraucher zu finden, setzt Electrolux auf das veraltete Modell des Komplettanbieters: Von ganz billig bis ganz teuer sollen alle Bereiche abgedeckt werden. Ganz billig kann in Deutschland, aber auch in Osteuropa, nicht produziert werden. Dieses Segment ist fest in den Händen der Konkurrenten aus Fernost. Der Konzern wäre gut beraten, sich an einem IG Metall-Motto zu orientieren: »Besser statt billiger.«

**Hans-Otto Wiebus**

Anzeige

## Ferien in der Schweiz



**Hotels & Ferienwohnungen** am Vierwaldstättersee, Genfersee & Lago Maggiore; im Berner Oberland & Appenzellerland und in der Toscana

**IGM-Mitglieder profitieren von 20% Rabatt!!!**

**Schweiz. Gewerkschaft Unia**  
Weltpoststrasse 20, 3000 Bern 15  
T +41 31 350 22 67 / F ...44  
www.ferien.unia.ch  
ferien@unia.ch

**UNIA**



## Aluminiumindustrie

Aluminium-Walzwerk: Rahmenbedingungen »dramatisch« zugespitzt

# Schlüsselbranche für andere Industrien

**Die Aluminiumindustrie steckt in der Krise. Aluminium ist zwar ein Werkstoff, der vor allem in der Automobilindustrie immer mehr Bedeutung bekommt. Doch die Herstellung des Produkts ist am Standort Deutschland angeblich zu teuer. Denn zur Herstellung von Aluminium muss Strom verwendet werden.**

**D**ie Hamburg-Ausgabe der »Bild«-Zeitung räumte der Demonstration fast eine ganze Seite ein. »Morgens um halb 6 in Deutschland. Hier kämpfen 500 tapfere Arbeiter um ihren Job«, schrieb das Blatt über die Protest-Aktion der Beschäftigten der Hamburger Aluminium-Werke (HAW), als sie im Juni vor den Werkstoren gegen die geplante Schließung ihres Standorts demonstrierten. Grund für den Protest ist die Absicht des norwegischen Konzerns Norsk Hydro in Oslo sowie der anderen Eigentümer Alcoa (USA) und Amag (Österreich), die Aluminium-Hütte Ende dieses Jahres dicht zu machen.

Der HAW-Betriebsratsvorsitzende Karl-Heinz Dieck vermutet, dass dahinter mehr steckt als das Stilllegen eines ertragsschwachen Aluminiumstandorts. Denn Ende Sep-

tember übernahm der norwegische Konzern die texanische Ölgesellschaft Spinnaker Exploration für zwei Milliarden Euro. Diese Übernahme wird als weiteres Indiz dafür gewertet, dass Norsk Hydro sich ganz auf seine Energiesparte konzentrieren und die Aluminiumproduktion nach umfassender Restrukturierung abgeben will. Dann braucht man die Hütte nicht mehr.

Vor einigen Jahren hat Hydro von dem Stromriesen E.ON die VAW Vereinigte Aluminiumwerke in Hamburg, einem von der Werkstoffproduktion bis zur Automobilteileherstellung aufgestellten Konzern, erworben. Zu der Transaktion gehörten auch einige für Hydro besonders attraktive Beteiligungen in Kanada und Australien, aber auch die HAW.

In diesem Jahr laufen die Stromverträge aus. Folge: Die Kosten für die noch gut ver-

dienenden Hütten werden steigen, so dass die Produkte nicht mehr zu einem marktfähigen Preis verkauft werden können. Deshalb beschlossen die drei HAW-Eigner im Ju-



Protest gegen die Schließung von HAW: Hohe Kosten durch Stromverbrauch

Foto: picture alliance / dpa / Cambarini

## Innovationsforum Oberland/Allgäu

Betriebe sind stärker, wenn sie in der Region zusammenarbeiten. Sie können schneller auf Krisen reagieren und Kosten sparen, wenn sie vernetzt sind.

Deshalb hat die IG Metall Weilheim das »Innovationsforum Oberland/Allgäu« gegründet. Bevollmächtigter Günther Schachner: »Bei uns handelt es sich noch um eine gut gehende Region. Aber wenn wir nichts tun, wird

das nicht so bleiben.« Beispielsweise in der Aluminiumverarbeitung. Größter Betrieb der Branche in der Region ist Zarges mit zwei Standorten, bekannt durch seinen »Aluminiumkoffer« und hochwertige Leitern. Aber auch einige Automobilzulieferer arbeiten mit diesem Rohstoff.

Schachner veranstaltet diese Foren regelmäßig zusammen mit Betriebsräten und Unternehmern. Beim jüngsten Treffen im Som-

mer ging es um die Perspektiven in der Aluminiumindustrie. Jürgen Hirsch, von Hydo Aluminium aus Bonn, zeigte auf, welche Möglichkeiten der Markt für Aluminium bietet und wies auch auf die Gefahren hin, die am Standort Deutschland lauern, wenn sich die »Rahmenbedingungen« nicht ändern. Den Vertretern der beteiligten Betriebe wurde klar: Man muss was tun. ◀



ni die Alu-Hütte in Stade und die HAW zu schließen. Dadurch werden nicht nur über 900 Arbeitsplätze vernichtet, sondern es sind auch eine Reihe von Zuliefererbetrieben gefährdet.

Hannelore Elze, beim Vorstand der IG Metall für die Beschäftigten der Aluminiumindustrie zuständig, sieht die Rahmenbedingungen für die Branche in Deutschland und Europa »dramatisch« zuge-spitzt: »Im vergangenen Jahr lagen die Preise bei 28 Euro pro Megawattstunde, in den ersten fünf Monaten 2005 stiegen sie auf 38 Euro und für die zweite Jahreshälfte werden Preise von 41 Euro (ohne Netzzusatzkosten und Steuern) erwartet.« Diese Preisanhebungen ergeben locker zehn bis 15 Millionen Euro Mehrkosten für den Betrieb einer Hütte. »Das ist mit keiner Maßnahme dieser Welt aufzufangen. Da können die tollsten betrieblichen Bündnisse geschmiedet werden.« Im Übrigen machen die Stromkosten zurzeit ein Drittel der Kosten aus, die Personalkosten nur fünf bis sieben Prozent.

Dazu muss man wissen, dass Aluminium nur im Elektrolyseverfahren durch chemische Reduktion hergestellt werden kann. Das ist physikalisch-chemisch vorgegeben. Das führt dazu, dass jegliche Aluminiumherstellung mit Kosten belastet ist, die nur aufgrund des Stromverbrauchs entstehen. Letzterer liegt bei dieser Industrie bei jährlich zehn Milliarden Kilowattstunden. Die Essener Aluminiumhütte verbraucht beispielsweise soviel elektrische Energie wie die gesamte Stadt Essen.

Georg Wilhelm Adamowitsch, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, sagt dennoch: »Wandert die Aluminium erzeugende Industrie ab, ginge eine wichtige zukunftssträchtige Industrie für immer verloren. Die Bundesregierung will, dass die Aluminiumindustrie weiter eine Zukunft hat.«

Klingt gut. Denn die Aluminiumindustrie ist ein wichtiger Lieferant für deutsche Schlüsselindustrien. Sterben in Deutschland die Aluhersteller, hätte das fatale Auswirkungen auf andere Branchen, etwa die Automobilindustrie. Insbesondere im Bereich der »Automotive« verfügen die Alu-Hersteller über Kompetenzen und Ressourcen, die die Autobauer benötigen. Der Trend zu einem verstärkten Einsatz von Aluminium zur Einsparung von Gewicht und Treibstoff ist absehbar – ob bei Fahrwerk, Motor oder Getriebe.

## Interview

# »Der Strompreis macht uns kaputt«

**metall sprach mit Peter Camin, Betriebsratsvorsitzender von Hydro Aluminium Deutschland GmbH in Hamburg, über die Lage der Branche.**

**metall:** Ist die Aluminiumindustrie eine aussterbende Branche?

**Camin:** Nein. Eigentlich mehr das Gegenteil. Wir haben heute einen Verbrauch von weltweit 25 Millionen Tonnen und man rechnet 2020 mit 55 Millionen Tonnen.

**metall:** Warum werden dann die Hütten bei uns plattgemacht?

**Camin:** Bei den Hütten wandern die Unternehmen dahin, wo der Strom am günstigsten ist. Also dort wo Wasserkraft verfügbar ist, etwa in Island oder Brasilien. Die Weiterverarbeitung bleibt allerdings hier, dicht bei den Verbrauchern, den Autofabriken oder Blechverarbeitern.

**metall:** Gibt es keine Alternativen?

**Camin:** Doch. Der Strompreis muss runter, denn der macht uns kaputt.

**metall:** Wie soll das gehen?

**Camin:** Wir haben heute vier große Stromerzeuger (E.on, RWE, Vattenfall und EnBW), die den Markt unter sich aufgeteilt haben und die Preise diktieren. Es kann sein, dass wir für die Rohstoffe internationale niedrige Weltmarktpreise bezahlen, aber national bei den

Strompreisen keinem Wettbewerb unterliegen. Hier ist die Politik gefordert. Es gibt auch schon politische Bemühungen, das Oligopol der Stromkonzerne aufzubrechen.

**metall:** Hat die Aluminiumindustrie dann doch eine Zukunft?

**Camin:** Ja. In Europa wird sich das Recycling durchsetzen, aber man braucht immer einen gewissen Anteil von Reinaluminium. Deshalb könnten sich in dieser Kombination auch die Hütten langfristig halten.

**metall:** Wie soll es weitergehen?

**Camin:** Wir müssen mit der Politik diskutieren. Denn wenn die Alu-Hütten verschwinden, setzt das eine Spirale nach unten in Gang. Es werden die Kupferhütten folgen, dann die Elektro-Stahlwerke. Und zum Schluss werden die Teile der chemischen Industrie dran sein, die viel Strom verbrauchen. Wenn man nicht will, dass diese Branchen in Deutschland und Europa aussterben und Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet werden, muss die Politik bald handeln. ◀



Foto: F&K

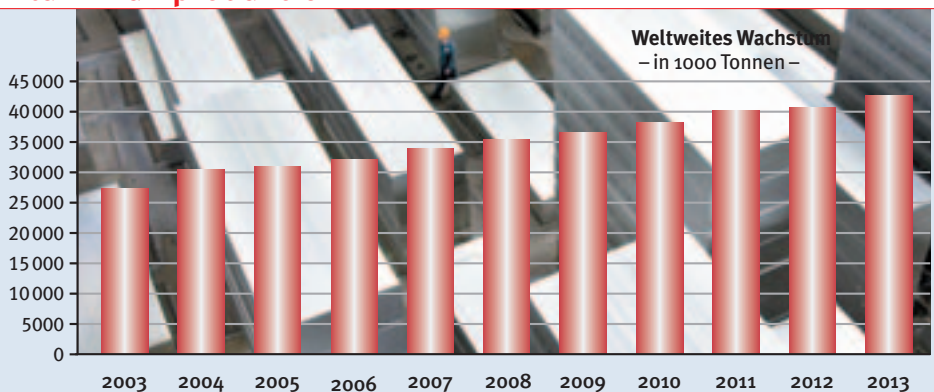
Wichtigster Effekt von Aluminium: Die Fahrzeuge werden leichter, sparen dadurch Energie und werden umweltfreundlicher.

Zurzeit sind in der Aluminiumindustrie etwa 73 000 Menschen beschäftigt. Sie arbeiten in Hütten, Walzwerken, Presswerken und Gießereien. Die IG Metall vertritt die Be-

schäftigten in der Verarbeitung, die IG BCE die in den Hütten. Beide Gewerkschaften fordern gemeinsam von der Politik, dass sie auf die Stromkonzerne einwirken, die Strompreise zu senken, damit die Standorte erhalten bleiben können. ◀

**Werner Hoffmann**

## Aluminiumproduktion



Die Wachstumsraten für den Rohstoff Aluminium gehen in den nächsten Jahren nach oben. Der Bedarf steigt weltweit. Besonders in China und Indien steigt die Nachfrage.

Quelle: CRU/ © metall-grafik, Foto: picture-alliance / dpa / Vennenbernd

## Ausbildung

# Lernen mit neuen Medien

**Eine neue Lernsoftware der IG Metall unterstützt angehende Industriekaufleute, sich auf die neuen, modernen Anforderungen ihres Berufs vorzubereiten.**

Wer heutzutage eine Berufsausbildung macht, muss sich vielen neuen Herausforderungen stellen. So geht es etwa in den gewerblichen Berufsgruppen längst nicht mehr nur um handwerkliches Geschick.

Und auch in den kaufmännischen Berufen hat sich einiges verändert: Beschäftigte können sich heute nicht mehr auf den eigenen, eng definierten Arbeitsbereich beschränken. Sie müssen das Unternehmen als Ganzes im Blick haben.

Die Modernisierung betrieblicher Arbeitsabläufe ist ohne Hilfe elektronischer Medien heute undenkbar. Nur mit fachlicher Kompetenz oder theoretischem Lehrbuchwissen allein kommen die Beschäftigten nicht mehr weiter. Darum sind in den



Illustrationen: Silvan Wegmann

vergangenen Jahren viele Berufsbilder neu definiert und die betreffenden Ausbildungen neu geordnet worden. Das Zauberwort heißt »prozessorientiertes Lernen und Ar-

beiten«: nur wer weiß, wie ein Produktions- und Geschäftsprozess funktioniert, hat die Möglichkeit, Arbeitsabläufe aktiv zu gestalten und zu verbessern.

## Renten-Info

## Abschläge auf Lebenszeit verfassungswidrig?

**Verstoßen Rentenabschläge auf Lebenszeit gegen die Verfassung? Diese Frage hat das Bundessozialgericht am 28. Oktober vergangenen Jahres dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt.**

Der Grund: Mitte der 90er-Jahre sind viele ältere Arbeitnehmer wegen Arbeitslosigkeit vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Für sie galt ein Vertrauensschutz, der garantierte, dass sie Rente mit 60 Jahren ohne Abschläge erhalten.

Durch die spätere Anhebung der Altersgrenze auf 65 Jahre kann das zu Abschlägen von bis zu 18 Prozent führen.

Seit dem Jahr 2002 waren beim Bundessozialgericht mehrere Verfahren anhängig (Aktenzeichen: B 4 RA 42/02 R und B 5 RJ 44/02 R) die jetzt dem

Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zur Klärung vorliegen. Am 23. August 2005 hat das Bundessozialgericht (Aktenzeichen: B 4 RA 28/03 R) seine Vorlage erweitert: Das Gericht vertritt die Auffassung, dass auch eine Altersrente mit Abschlägen bei Frauen verfassungswidrig sei. Ältere Arbeitnehmer die kürzlich eine vorgezogene Altersrente mit Abschlägen

beantragt und von ihrem Versicherungsträger bewilligt bekommen haben, können gegen den Bescheid Widerspruch einlegen (Frist: Vier Wochen ab Zugangstag).

Bei einer möglichen Neuregelung werden allerdings nur diejenigen berücksichtigt, die ihrem Rentenbescheid widersprochen haben – auch wenn es sich um eine verfassungsrechtliche Grundsatzfrage handelt.

Mit einer Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht ist aber höchst wahrscheinlich erst in einigen Jahren zu rechnen. ◀

**Glücklich im Alter: »Rentenabschläge verfassungswidrig?«**



Foto: IAI / Scheine

## Selbstlernen leicht gemacht

Die IG Metall hat ein »Lernmediensystem für Industriekaufleute« entwickeln lassen, das nun für Auszubildende und deren Betreuer zur Verfügung steht. Vera Meister, von UniVera Wissensdienstleistungen in Haselbachtal, hat das Lernmediensystem entwickelt: »Neue technische Mittel führen dazu, dass traditionelle kaufmännische Tätigkeiten an Bedeutung verlieren, während funktionsübergreifendes Verständnis und prozessbezogene Handlungsfähigkeit von Mitarbeitern unentbehrlich werden.«

## Anwendung

Über das Internet oder eine CD-ROM erhalten Anwender einen Zugang zu verschiedenen Materialien des Lernmediensystems – eine Informationsbroschüre unterstützt sie dabei.

Die Lernaufträge mit dem elektronischen Lernsystem sind in mehrere Stufen unterteilt: Über Arbeitsblätter, die Aufgaben und Fragen enthalten, müssen Auszubildende zunächst einzelne Prozessschritte in ihrem Betrieb erkunden. Auszubildende können das Lernmediensystem während der Arbeitszeit nutzen. Es ist eine methodische Hilfe für die betriebliche Ausbildung.

Die Arbeitsaufträge im ersten Ausbildungsjahr (Grundkompetenzstufe) beinhalten

ten zwar dieselbe Handlungsstruktur, wie die gesamte Arbeitsaufgabe, sind aber weniger komplex. Ziel der Übung ist es, Auszubildende dabei zu unterstützen, sich aktiv mit den Unternehmensabläufen sowie möglichen Problemen und Unklarheiten im Betrieb auseinander zu setzen.

Im zweiten Ausbildungsabschnitt wird von der Aufbaukompetenzstufe gesprochen: Die Lernseiten enthalten konkrete Forschungsaufträge zu betrieblichen Regeln und Gegebenheiten. Damit sollen die Facetten der Arbeitsaufgaben sichtbar werden.

Zum Ende der Ausbildung müssen Fachaufgaben in einem Einsatzgebiet, beispielsweise im E-Commerce (elektronischer Handel) bewältigt werden.

In der Begleitbroschüre zum Lernmediensystem wird beispielhaft die Erweiterung des E-Stores um eine Produktkategorie beschrieben. Die angehenden Kaufleute bringen hier ihre erworbene berufliche Kompetenz im realen Geschäftsprozess zum Einsatz. Azubis sollen dadurch einen sicheren Umgang mit Regelabweichungen und Problemfällen bekommen.

## Das Ziel: Fit für die Zukunft

Vernetztes Denken sowie die Bereitschaft zur ständigen Optimierung betrieblicher Prozesse gehören heute zum gängigen Arbeitsalltag. Dem muss sich die Berufsausbildung stellen, um jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu eröffnen. ◀

Antonela Pelivan

## INFORMATIONEN UND KONTAKT

► Online-Zugang zum »Lernmediensystem für Industriekaufleute« unter: [www.lernmodelle-ik.de](http://www.lernmodelle-ik.de) ◀

► Die Informationsbroschüre und CD-ROM »Lernmediensystem für Industriekaufleute« können Mitglieder über ihre zuständige IG Metall-Verwaltungsstelle beziehen. ◀

► Vera Meister von UniVera Wissensdienstleistungen in Haselbachtal unterstützt Ausbildungsbetreuer bei Informationsveranstaltungen im Betrieb. Anfragen per E-Mail an: [gabi.hurtig@igmetall.de](mailto:gabi.hurtig@igmetall.de) ◀

## Auszug aus der Ausbildungsordnung Paragraf 3 – Struktur und Zielsetzung

(1) Die in dieser Verordnung genannten Fertigkeiten und Kenntnisse sollen funktions- und prozessbezogen vermittelt werden. Die Berufsbildpositionen (...) sind während der gesamten Ausbildungszeit arbeitsfeldübergreifend auch unter Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsaspektes zu vermitteln. (...)

(2) Die (...) genannten Fertigkeiten und Kenntnisse sollen so vermittelt werden, dass der Auszubildende zur Ausübung einer qualifizierten, an Geschäftsprozessen ausgerichteten kaufmännischen Berufstätigkeit im Sinne des § 1 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes befähigt wird, die (...) selbstständiges Planen, Durchführen und Kontrollieren einschließt. (...) ◀

Anzeige

**Unternehmensberatung**  
**Gender Mainstreaming**  
**Branchenkonzepte**  
**Turn-around-Beratung**

**ISA CONSULT**  
Beratungsgesellschaft  
für Innovation, Strukturpolitik  
und Arbeit mbH  
Westring 26a | 44787 Bochum

**Kontakt:**  
Alexander H. Lottis:  
[alottis@isa-consult.de](mailto:alottis@isa-consult.de)

Rolf Plake:  
[rplake@isa-consult.de](mailto:rplake@isa-consult.de)  
Fon: 0234-9132-103  
Fax: 0234-9132-102  
[www.isa-consult.de](http://www.isa-consult.de)

**ISA CONSULT**

Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit GmbH



## Beratung von Betriebsräten

Krisen bewältigen und gleichzeitig Zukunftschancen für Unternehmen erarbeiten - mit einem integrierten Leistungsprofil bietet die ISA Consult GmbH dafür kundenorientierte Beratungen an - und das bereits seit 1991.

Auf Grundlage des § 80.3 bzw. § 111 BetrVG berät die ISA Consult Betriebsräte als externe Sachverständige dabei,

- Konzepte und Pläne des Arbeitgebers qualifiziert zu bewerten
- auf Grundlage des § 92a BetrVG eigene Vorschläge für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu erstellen und
- diese in die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber einzubringen.

Die ISA verfügt über 30 erfahrene Beraterinnen und Berater mit spezialisierten betriebswirtschaftlichen, arbeitswissenschaftlichen, gleichstellungsorientierten Fachkenntnissen an vier Standorten - Bochum, Berlin, Hamburg und Frankfurt.

Aus diesem BeraterInnenstamm werden die Teams genau auf die jeweilige Aufgabe und den Kunden, unter Berücksichtigung der jeweiligen Branche, zugeschnitten. Durch die aktive Einbeziehung des Betriebsrates kontrolliert dieser jederzeit das Verfahren.

Darüber hinaus entwickelt das Team der ISA Consult in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten im Unternehmen passgenaue Konzepte zur Organisations- und Personalentwicklung oder organisiert betriebliches Coaching und Führungskräfte training, was gleichstellungsorientiert erfolgen kann. Sie erarbeitet gemeinsam mit Betriebsräten und Gewerkschaften Konzepte für Zukunfts- und Brancheninitiativen und setzt sie im Dialog mit Unternehmensvertretern um.

Kurzum: Methodisches Vorgehen, fachliches Know-how und die Beteiligung der betroffenen Beschäftigten sind die Grundlagen unserer erfolgreichen Arbeit.

## Kindergeld-Entscheidung

# Widerspruch einlegen



**Kindergeld auch für sozialversicherungspflichtige Einkommen**

Foto: Werner Bachmeier

**Das Bundesamt für Finanzen hat am 17. Juni 2005 die Familienkassen angewiesen, bestandskräftig abgelehnte Kindergeldbescheide nicht aufzuheben.**

Kindergeld soll demnach nur für die Zeit nach Erlass des Ablehnungsbescheids nachgezahlt werden. Von der neuen Rechtslage (Urteil des Bundesverfassungsgerichts – 2 BvR 167/02 vom 11. Januar 2005)

profitieren vor allem Kindergeld-Empfänger, die während einer Ausbildung ein sozialversicherungspflichtiges Einkommen beziehen.

Die IG Metall hatte geraten, Anträge auf Kindergeld zu prüfen und eventuell neu zu beantragen – und zwar rückwirkend bis zum Jahr 2001 (siehe **metall** 7/2005). Die Rechtsexperten der IG Metall sind nach wie vor

der Auffassung, dass das Kindergeld auch für die Zeit nachbezahlt werden muss, die vor dem Erlass des bestandskräftigen Bescheids liegt. Der Grund: Das Bundesverfassungsgericht hat die Auslegung des Paragraphen 32 Absatz 4 Satz 2 Einkommenssteuergesetz bindend auch für die Vergangenheit vorgenommen. Denn es hat klargestellt, dass bei der Berechnung des an-

zurechnenden Einkommens Sozialversicherungsbeiträge schon immer hätten abgezogen werden müssen.

Deshalb ist ein Ablehnungsbescheid, der darauf beruhte, dass das Einkommen falsch berechnet worden ist, aufzuheben oder zu ändern, wenn jetzt nachträglich bekannt geworden ist, dass das zu berücksichtigende Einkommen nach Abzug auch der Sozialversicherungsbeiträge den Grenzbetrag nach Paragraph 32 Absatz 4 Einkommenssteuergesetz nicht überschreitet. Diese falsche Einkommensermittlung gilt für alle Ablehnungsbescheide seit dem Jahr 2001.

Wenn Familienkassen jetzt entsprechende Anträge mit dem Hinweis auf bestandskräftige Ablehnungsbescheide zurückweisen, sollte auf jeden Fall Widerspruch eingelegt werden.

Widerspruchsformulare gibt es im Jugend-Portal der IG Metall. Internet: [www.jugend.igmetall.de/kindergeld/](http://www.jugend.igmetall.de/kindergeld/) ◀

**Antonela Pelivan**

## Urteile

### Arbeitsverträge

Klauseln im Arbeitsvertrag, wonach der Arbeitnehmer eine Vertragsstrafe zahlen muss, wenn der Arbeitgeber ihm wegen vertragswidrigen Verhaltens fristlos kündigen kann, sind unwirksam. Die Voraussetzungen für eine Vertragsstrafe müssen klar und verständlich formuliert sein. Der Arbeitnehmer muss von vornherein wissen, auf Grund welcher konkreten Pflichtverletzungen sie fällig wird.

**BAG – 8 AZR 425/04 vom 21. April 2005**

### Entlassungen

Entlässt ein Arbeitgeber im Rahmen einer Betriebsänderung Beschäftigte, ohne vorher versucht zu haben, mit dem Betriebsrat einen Interessenausgleich für sie zu erreichen, haben die Betroffenen Anspruch auf einen Nachteilsausgleich (Paragraph 113 Abs. 3 Betriebsverfassungsgesetz). Dieser Ausgleich muss, weil er Sanktionscharakter hat, eine Sozialplanabfindung grundsätzlich übersteigen. **Landesarbeitsgericht (LAG) – 6 Sa 1499/04 vom 27. Mai 2005 (Revision eingelegt)**

## Arbeitslosengeld

### Übergangsfristen

»Für ältere Erwerbslose endet die längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I ab Februar 2006«, berichtete **metall** in der Oktober-Ausgabe.

Arbeitslosengeld I wird dann nur noch zwölf, für über 55-Jährige 18 Monate lang bezahlt. Diese neue Regelung gilt für alle, die sich bis zum 1. Februar 2006 arbeitslos melden.

Für Erwerbstätige, die sich bis 31. Januar 2006 arbeitslos melden, gelten die längeren, nach den Alter gestaffelten Fristen mit einer Bezugsdauer von bis zu 32 Monaten. ◀

### Hinzuverdienst

»Ab Oktober 2005 sollen für Arbeitslosengeld II-Bezieher höhere Freibeträge beim Hinzuverdienst gelten«, berichtete **metall** in der Juli-Ausgabe.

Die Änderungen gelten für alle Bezieher von Arbeitslosengeld II, die ab Oktober 2005 einen Job annehmen.

Für diejenigen, die bereits davor eine Nebentätigkeit hatten, gelten die Regelungen erst, wenn sie nach Ablauf des (meist sechsmonatigen) Bewilligungszeitraums einen neuen Antrag auf Arbeitslosengeld II stellen. ◀



# Mächtige « Wirtschaftsakteure »

## LOTHAR KAMP ÜBER FINANZINVESTOREN

Die Ruhe ist dahin. Die ersten aggressiven Auftritte von Finanzinvestoren in Deutschland demonstrieren ein neues Spiel der Kräfte. Der traditionelle deutsche Kapitalismus wird durch einen Aktionärskapitalismus angelsächsischer Prägung abgelöst. Die Folgen für Unternehmen und Beschäftigte sind groß.

Deutsche Banken ziehen sich aus der Kreditfinanzierung der Unternehmen zurück. An ihre Stelle tritt die Finanzierung über den Kapitalmarkt. Die Geldinstitute waren an der sicheren Rückzahlung ihrer Kredite interessiert und weniger an maximalen Profiten mit hohen Risiken. Anders die Finanzinvestoren: Sie gehen hohe Risiken ein

und verfolgen ehrgeizige Renditeziele. Sie drängen langfristige Unternehmensstrategien, die Zeit brauchen, zugunsten kurzfristiger Profitmaximierung zurück.

Alle Strategien richten sich auf den Unternehmenswert aus, bei Aktiengesellschaften also auf einen möglichst hohen Aktienkurs. »Shareholder value«-Konzepte steigern den Wert für die Anteilseigner: Konzentration auf Kerngeschäfte, Abstoßen von Randaktivitäten einschließlich zugehöriger Beschäftigter, optimale Verschuldung des Unternehmens und dadurch Erhöhung der Eigenkapitalrendite, einer wesentliche Zielgröße der Investoren. Aus ehemals erfolgreichen Unternehmen können so vermögensleere Hüllen werden.

Unter den Finanzinvestoren sind Beteiligungs-(Private-Equity-)Gesellschaften von Hedge Fonds zu unterscheiden. Nicht alle Investoren sind »Heuschrecken«. Zwar haben ausländische Beteiligungsgesellschaften bei dem profitablen Badarmaturenhersteller Grohe einen starken Beschäftigungsabbau und eine hohe Unternehmensverschuldung durchgesetzt. Das insolvente Unternehmen Pro7Sat1 hingegen wurde gerettet. Dies traute sich offenbar kein deutscher Investor zu. Andere Finanzinvestoren schufen aus zwei mittleren deutschen Duft- und Geschmacksstoffherstellern das weltmarktfähige



Bis vor einigen Jahren herrschten in der deutschen Wirtschaft der »Rheinische Kapitalismus« und die »Deutschland AG«. Personelle Verbindungen der Wirtschaftsakteure, enge Verflech-

tungen deutscher Unternehmen und der große Einfluss der Banken sorgten gleichermaßen für Profite und eine langfristige Ausrichtung der Unternehmensstrategien mit relativ beständigen Arbeitsplätzen.

### Hedge Fonds beeinflussen oft selbst gezielt die Kurse

**»Wir wollen dazu beitragen, die Aktivitäten an den Finanz- und Kapitalmärkten transparenter zu machen.«**

#### Sein Lebenslauf

**Lothar Kamp** (57) hat Volkswirtschaftslehre studiert. Er ist Leiter der Abteilung Mitbestimmungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf. Er gilt als ein renommierter Mitbestimmungsexperte. Seine weiteren Schwerpunkte sind außerdem: Unternehmensorganisation sowie Unternehmensstrategie.

#### Sein aktuelles Buch

**»Die Diskussion über das angemessene Maß zwischen Freiheit der Märkte und Regulierung möglicher Risiken ist in Bewegung geraten.«**

Zusammen mit Autorin Alexandra Krieger geht Kamp den Fragen nach: Welche Strategien verfolgen Finanzinvestoren? Und: Welche Konsequenzen hat ihre Geschäftspolitik für die Beschäftigten? Die Autoren porträtieren verschiedene Investorentypen und bieten ein umfangreiches Glossar. Außerdem wird die Notwendigkeit von Marktregulierungen diskutiert.



**Lothar Kamp/ Alexandra Krieger: Die Aktivitäten von Finanzinvestoren in Deutschland, Arbeitspapier, Hans-Böckler Stiftung, 10 Euro**

Unternehmen Symrise. Bei Mobilcom sind Finanzinvestoren wiederum dabei, das Unternehmen finanziell auszubluten und eine hohe Kapitalausschüttung an sich selbst zu erreichen. Aggressive Hedge Fonds hinderten die Deutsche Börse am Kauf der Londoner Börse und erzwangen den Rücktritt von Vorstandsvorsitzendem und Aufsichtsräten. Große Unternehmen, wie MAN oder Linde, beugen sich dem Druck des Kapitalmarkts und stoßen »Randgeschäfte« ab. Andere verschulden sich höher.

Hedge Fonds verfolgen mit kleinen Beteiligungen sehr kurzfristige Anlagestrategien. Sie spekulieren auf Kursschwankungen und beeinflussen oft selbst gezielt die Kurse. Demgegenüber verschaffen sich Private-Equity-Firmen für einen Zeitraum von drei bis acht Jahren die Mehrheit an einem Un-

ternehmen, steigern dessen »Wert« und verkaufen es mit Gewinn weiter. Mindestens während der Beteiligungsphase kann ihnen das Unternehmen so nicht gleichgültig sein.

Durch den Rückzug der Banken haben viele Mittelständler inzwischen ein Finanzierungsproblem und sind teilweise auf Finanzinvestoren angewiesen.

Auch wollen manche Erben von Firmengründern das Unternehmenskapital durch den Verkauf an meistbietende Investoren versilbern.

Für Arbeitnehmervertretungen sind bei Beteiligungen von Finanzinvestoren Informationen über den Investor wichtig: Verfolgt er lang- oder kurzfristige Ziele oder einen Börsengang?

Will er an einen anderen Finanzinvestor oder an ein anderes Unternehmen verkaufen? Welcher Verschuldungsgrad wird angestrebt? Welche Arbeitsplätze sind gefährdet? Sind Verlagerungen ins Ausland vorgesehen? Wichtiges eigenes Ziel ist es, sich für die Reinvestition von Gewinnen

statt für ihre Ausschüttung einzusetzen.

Auch volkswirtschaftlich führt

die Finanzierung über den Kapitalmarkt zu großen Risiken, da sie immer abstraktere Formen annimmt. Mit Finanzinstrumenten wie beispielsweise Derivaten wird mittlerweile gehandelt wie mit Produkten; mit ihnen werden Wetten auf die künftige Entwicklung von Kursen und Märkten eingegangen. Diese Papiere

sind oft durch Kredite finanziert. Bei nicht erwarteten Kursentwicklungen können Kettenreaktionen schwerwiegende Folgen für viele Banken und Unternehmen haben.

Hedge Fonds operieren weitgehend unkontrolliert. Zahlreiche Politiker und Kapitalmarktexperten verlangen eine schärfere staatliche Regulierung dieser Akteure über Verhaltensvorschriften, Registrierungspflicht und Offenlegung von Zielen, Strategien und Vorgehensweisen. Durch Verbesserung der Präsenz der Anteilseigner auf Hauptversammlungen sollen Gelegenheitsmehrheiten von Hedge Fonds verhindert werden, beispielsweise durch gesetzliche Mindestanwesenheitsquoten, Stimmrechtsentzug bei nur kurzfristiger Unternehmensbeteiligung oder Dividendenanreize für Anwesenheit. ◀

**»Finanzinvestoren gehen hohe Risiken ein und verfolgen ehrgeizige Renditeziele.«**

## Monatsrätsel...

|                                      |                          |                               |                            |                                        |                         |                       |                                 |                                            |
|--------------------------------------|--------------------------|-------------------------------|----------------------------|----------------------------------------|-------------------------|-----------------------|---------------------------------|--------------------------------------------|
| Buch der Psalmen                     | staatliche Unterstützung | südfraz. Stadt an der Garonne | 10                         | leer, unbedruckt                       | Euro-päerin im Baltikum | Lang-schwanz-papagei  | Staats-abgabe der Arbeit-nehmer | Kundgebung (Kurzwort) Gegenteil zu Schwarz |
| 1                                    | 2                        | 3                             | 4                          | 5                                      | 6                       | 7                     | 8                               | 9                                          |
| röm. Ober-gewand                     | 11                       |                               |                            | Oper von Richard Strauss               | 14                      | Seemanns-ruf          | 2                               |                                            |
| Scheitel-punkt                       |                          |                               |                            | nordische Göttin                       |                         | Fluss in Schottland   |                                 | römi-scher Gott des Krieges                |
| EDV-Querver-weis (engl.)             |                          | frz. Fluss                    |                            | Retlich                                |                         | Handy-Nachricht       |                                 |                                            |
|                                      |                          | Erz-bergwerk                  |                            | Abkürzung für: Nord-deutscher Rundfunk | Wirtschafs-bund (Abk.)  | 8                     | Saucen-grundlage                |                                            |
|                                      |                          |                               |                            |                                        | olymp. Komitee          |                       |                                 | 3                                          |
| Stadt an der Donau ind. Amts-sprache |                          |                               | 13                         |                                        |                         | skandi-navische Münze |                                 | alte portu-giesische Währung               |
| süd- und mittel-amerik. Indianer     |                          |                               |                            |                                        |                         | Holz-schal-enfrucht   |                                 | 6                                          |
|                                      |                          |                               |                            | 9                                      |                         | häufig                |                                 |                                            |
|                                      |                          |                               |                            | Ziffern-schlüssel                      |                         |                       |                                 | Wappen-vogel                               |
| Werkzeug der Kamm-macher             |                          | italien. Fern-sehen (Abk.)    | Nachrich-tensender der USA |                                        | Autoz. für Frankreich   |                       | grob und schroff                |                                            |
|                                      |                          |                               |                            |                                        | Warthe-zufluss          |                       | Zufluss der Wolga               |                                            |
|                                      |                          |                               |                            |                                        |                         | 7                     | Initialen Dürers                |                                            |
| kauf-männlich: auf Rech-nung         | kleine, seichte Bucht    | 1                             |                            |                                        | 4                       | Spiel-karten-farbe    |                                 |                                            |
| alt-römi-sche Göttin                 |                          |                               |                            |                                        |                         |                       |                                 |                                            |

## Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben  
und bis 30. November 2005 senden an:

**Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt**

**Lösungswort aus September:** Informationszugang

Diesen Monat verlosen wir  
unter den Einsendern der  
richtigen Lösung wieder

**Der Zusatzgewinn  
im Juli:**

**Je ein IG Metall-Fußball**  
geht an:

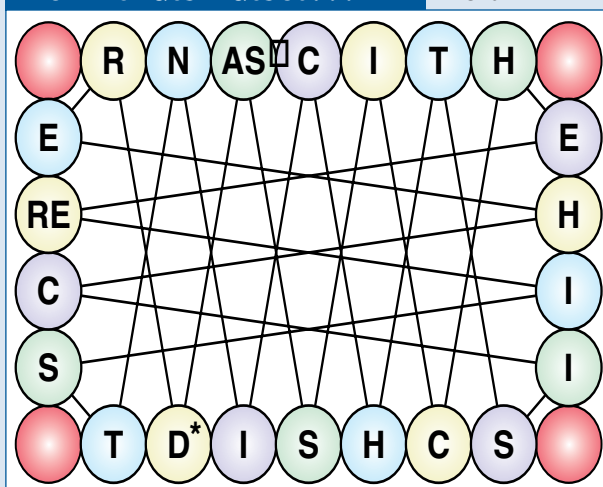
Jerry Mahan, Teublitz  
Holger Werner, Köln

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

► **fünf IG Metall-Autosicherheitswesten** als Extrapreis. Zusätzlich verlosen wir **zwei IG Metall-Fußbälle**

## Drei-Monats-Rätsel...

## Teil 11



Wenn Sie im Kreis mit dem Sternchen beginnen und dann Zug um Zug den Verbindungslinien folgen, ergibt sich der elfte Teil unseres Drei-Monats-Rätsels.

## Lösungsspruch Teil 7 und 9:

Die Gedanken sind frei,  
aber nur auf Bewaehrung.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus  
Teil 10 bis 12 auf eine Postkarte schreiben  
und bis 31. Dezember 2005 einsenden an:

**Redaktion metall, Preisrätsel,  
60146 Frankfurt**

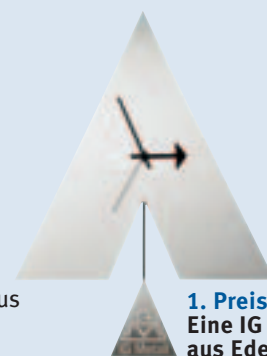
Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei **Hauptpreise** und einen von **zehn Gutscheinen für die Büchergilde Gutenberg** im Wert von **25 Euro** gewinnen, gestiftet von der **BHW-Leben**. Und als weiteres Extra: eine **ACE-Klubmitgliedschaft** für ein Jahr im Wert von **51 Euro**.

Die **ACE**-Klubmitgliedschaft gewinnt:  
Johanna Effler, Blankenburg

Unsere Gewinner des Drei-Monats-Rätsels  
Teil 7 bis 9:

1. Preis: Heinz Person, Lübeck
2. Preis: Georg Müller, Recklinghausen
3. Preis: Erwin Wachur, Prosselsheim

## Hauptpreise:



### 1. Preis:

Eine IG Metall-Wanduhr aus Edelstahl



**2. Preis:**  
Ein original  
Steiff-Teddy  
»Petsy«



### 3. Preis: Ein Multi- Funktionswerkzeug »Leatherman« aus Edelstahl



Indonesische Gewerkschafterin Ngadinah Binti Abu Mawardi

**Sie kämpft in Indonesien für die Rechte der Arbeiter in der Schuhindustrie. Die ehemalige Arbeiterin studiert Jura und betreibt einen Essenstand.**

**D**ass sich die Lebensbedingungen in den indonesischen Textil- und Schuhfabriken – wenn auch langsam – verbessern, sagen Beobachter, ist auch Ngadinah Binti Abu Mawardi (33) zu verdanken. Die zierliche, junge Frau mit dem Kopftuch, den großen, dunklen Augen ist als fünftes von acht Geschwistern in einem kleinen Dorf auf der indonesischen Insel Java aufgewachsen. Ihre Eltern waren moslemische Bauern. Als der Vater nach einem Verkehrsunfall starb, musste die damals 14-Jährige ihre Schulausbildung abbrechen und Geld für die Familie verdienen. Sie verdingte sich als Arbeiterin, zuletzt bei der Firma PT. Panarub in Jakarta, die rund 8000 Menschen, vor allem Frauen, beschäftigt. Sie nähte Sportschuhe, überwiegend für den Hauptabnehmer Adidas Salomon. Seit 1998 engagierte sie sich in der Indonesia Shoe Manufacturers Union, wurde Gewerkschaftssekretärin im Betrieb. Bei einem mehrtägigen Streik im September 2000 war sie eine der Sprecherinnen. Ein halbes Jahr

später, nach einem Fernsehinterview, wurde sie verhaftet und eingesperrt. Sie hatte die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und die Einschüchterungsversuche bei dem Unternehmen PT Panarub angeprangert. Dies sei, so die Behörden, verboten. Außerdem habe sie als Streikführerin andere zur Gewalt aufgerufen. Diese aus der niederländischen Kolonialzeit stammenden Gesetze waren auch früher immer wieder gegen Arbeiter und Opposition angewandt worden. Nur ihre Gewerkschaftszugehörigkeit bewahrte Ngadinah Binti Abu Mawardi vor langer Haft. Sie kam, nach einer internationalen Solidaritätskampagne, vier Wochen später wieder frei, wurde aber unter Hausarrest gestellt. Auch Adidas beteiligte sich und bat den indonesischen Arbeitsminister um eine »faire Behandlung«. Sie wurde freigesprochen und dankte nach ihrer Entlassung allen, die ihr halfen: »Ich hoffe, dass wir

# Ngadinah Binti Abu Mawardi

**metall-Redakteurin Heide Platen berichtet über die Lebensgeschichte der Näherin**

für immer in Solidarität vereint sind im Kampf gegen die Ausbeutung.« Sie gab nicht auf und kehrte zu ihrer alten Firma zurück.

2002 besuchte sie Deutschland, berichtete beim Kongress »Fit For Fair« über die Arbeitsbedingungen in ihrer Heimat. Beim Stadtbummel durch Köln besichtigte sie in den Sportgeschäften die Schuhe mit den drei Streifen, die sie in Indonesien fertigte und die hier 100 Euro kosten. Gerade 0,40 Euro davon verdienen die Näherinnen pro Paar, Tageslohn zwischen drei und fünf Euro. Sie leben oft getrennt von ihren Familien, schuften über zwölf Stunden täglich in den lauten Hallen, atmen Klebstoffdämpfe, müssen immer wieder unbezahlte Überstunden machen und werden ständig mit der Drohung der Fabrik-schließung erpresst.

Die IG Metall finanziert Ngadinah Binti Abu Mawardi seit 2003 ein Jurastudium.

**»Ich hoffe, dass wir für immer in Solidarität vereint sind im Kampf gegen die Ausbeutung.«**

2004 kandidierte sie für den Stadtrat in Tangerang im Ostteil Jakartas und machte sich gleichzeitig mit einem kleinen Essenstand selbstständig. Ihre Wohnung ist das Büro der 1994 gegrün-

deten, kleinen, aber sehr aktiven Gewerkschaft Perpubas. Ihr diesjähriger Studienbericht für die deutschen Unterstützer klingt bescheiden. Sie bittet trotz guter Durchschnittsnoten um Verständnis dafür, dass sie wegen der Gewerkschaftstätigkeit und der Arbeit am Essenstand, mit dem sie ihren Lebensunterhalt verdiente, »nicht so gut abgeschnitten« habe. ◀

# Der große Koalitionspoker!

Das tolle ist,  
ich werde weder Kanzler  
noch Minister – aber  
Hauptsache, ich darf noch  
mal richtig mitpokeren!



Karikatur: Burkhard Fritzsche